

Buchbesprechungen

Rolf, Gabriele / Spahn, P. Bernd / Wagner, Gert (Hrsg.): Sozialvertrag und Sicherung. Zur ökonomischen Theorie staatlicher Versicherungs- und Umverteilungssysteme (Reihe „Wirtschaftswissenschaft“, Bd. 2). Campus Verlag, Frankfurt/Main – New York 1988, 595 S. DM 98,-.

Der vorliegende Sammelband ist entstanden aus einer Vortragsreihe zur Theorie der sozialen Sicherung, die 1986 und 1987 im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ durchgeführt worden ist. Er enthält 21 Aufsätze, die folgenden Fragenbereichen zugeordnet sind: theoretische Begründungen für staatliche Intervention (Teil II), konzeptionelle und empirische Grenzen einer Gestaltung sozialer Sicherungssysteme (Teil III), ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitische Schlußfolgerungen für die Gestaltung sozialer Sicherungssysteme (Teil IV). Sämtliche Beiträge konzentrieren sich auf soziale Sicherung durch monetäre Transfers; die nicht-monetäre Dimension des Sozialstaats bleibt weitgehend ausgeklammert. Flankiert sind die Aufsätze von einem einleitenden Überblick (Teil I) und einer Zusammenfassung (Teil V).

Die Herausgeber sehen den Sozialstaat als einen (überwiegend impliziten) Sozialvertrag, der den Bürgern mehr soziale Sicherheit liefern kann als rein privatwirtschaftliche Versicherungslösungen. Sie wollen zeigen, daß staatliche Sozialpolitik in wichtigen Teilen ökonomisch begründbar ist, wenn man von realitätsnahen Theorieansätzen ausgeht, insbesondere die Ursachen von Marktversagen (Ungewißheit bzw. Informationsprobleme, externe Effekte, öffentliche Güter u.a.m.) berücksichtigt und die Unbestimmtheit der Startchancen im reinen Marktmodell (Ausgangsverteilung der Ressourcen).

Am deutlichsten entsprechen diesem Anliegen die in Teil II zusammengefaßten theoretischen Begründungen für staatliche Intervention. Behandelt werden risikotheorietische Grundlagen (*W. Schönböck, H. W. Sinn*), Effizienzgewinne einer Schaffung gleicher „Start- und Prozeßchancen“ (*R. Holzmann, H.-M. Schellhaaf*) sowie Ursachen und Folgen unvollkommener Versicherungsmärkte, insbesondere die Tragfähigkeit des Versicherungs- bzw. Äquivalenzprinzips (*W. Müller, R. Eisen*), Möglichkeiten und Grenzen der Gewährleistung sozialer Sicherheit bei schwankendem Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum (*R. Hauser*) und die Problematik einer steuerfinanzierten sozialen Sicherung (*P. B. Spahn und H. Kaiser*). Einige der hier vorgeführten Gedanken seien kurz angedeutet: *Schönböck* arbeitet die Umstände heraus, unter denen eine private Versicherung gegen Vermögensrisiken nicht oder nur eingeschränkt zustandekommt (moralisches Risiko, Selektion schlechter Risiken, massenhaftes Auftreten verbundener Risiken u.a.), skizziert fünf Möglichkeiten, dem zu steuern, und prüft dann für die Risiken Arbeitslosigkeit und Krankheit, inwieweit die strenge Interventionsform einer staatlichen Pflichtversicherung begründet werden kann. *Sinn* demonstriert in einem stochastischen Modellrahmen zunächst einmal, daß risikoaverse Individuen ohne eine Sicherung gegen Existenzrisiken ertragreiche, aber riskante Lebenschancen ungenutzt lassen; er zeigt dann, daß vor diesem Hintergrund nicht nur eine Versicherung mit schadensproportionalen Leistungen und Äquivalenz-

tarifizierung (Versicherungslösung), sondern auch eine proportionale Einkommensteuer mit Kopf-Transfer (redistributive Steuer-Transfer-Lösung) nutzensteigernd wirkt, sofern die Individuen eigene Aufwendungen zur Schadensvermeidung steuerlich geltend machen können. Gleichsam komplementär dazu verweist *Holzmann* darauf, daß ertragreiche Lebenschancen auch ungenutzt bleiben können, weil der Erwerb von Humanvermögen und Sachvermögen durch Marktbeschränkungen behindert wird, z.B. durch Kreditschranken; mit geeigneten Steuer-Transfer-Systemen – z.B. Ausbildungsdarlehen in der Jugend, progressive Besteuerung der erzielten Einkommen später – können die Folgen dieser Beschränkungen tendenziell neutralisiert und Wohlfahrtsgewinne erzielt werden, die freilich erst in einer Lebenszyklusbetrachtung sichtbar werden. Eine staatlich veranlaßte Ausbildungsfinanzierung nach dem Motto „Auszahlung jetzt, erfolgsabhängige Rückzahlung später“ – übrigens schon Bestandteil des mittlerweile offenbar vergessenen Schreiber-Plans aus den 50iger Jahren – wird auch von *Schellhaaß* favorisiert, weil sie als Nachfragersubvention die bekannten Allokationsvorteile gegenüber der Anbietersubvention hat und weil rein privatwirtschaftliche Lösungen keine Startchancengleichheit bewirken; besonderer Wert wird hier aber zusätzlich auf den Entwurf eines Finanzierungssystems gelegt, das die Rentabilitätsinteressen der Arbeitgeber fruchtbar macht und dadurch eine flexible wechselseitige Anpassung von Ausbildungs- und Beschäftigungssystem fördert. Zusammen mit zwei anderen Vorschlägen für arbeitsmarktkompatible soziale Sicherungen bietet der Beitrag eine interessante Variation zum Thema „marktkonforme Sozialpolitik“.

Die Frage nach Methode und Umfang staatlich organisierter Sicherung wird in den folgenden Beiträgen in vielfältiger Weise thematisiert. Teil III enthält eine primär preistheoretische Analyse der Vor- und Nachteile einer Einkommenssicherung via Privatversicherung, Sozialversicherung, bedarfsabhängigen Sozialleistungen und Grundeinkommen (*A. B. Atkinson*), einen Überblick über empirische Arbeiten zur Wirkung des Wohlfahrtsstaats in den USA (*R. Haveman*) und zwei Demonstrationen von Wissenslücken bei der Wirkungsanalyse, von denen die eine eher allgemein gehalten (*G. Wagner*), die andere auf Langfristprognosen im Bereich der Alterssicherung bezogen ist (*W. Meinhold*). Teil IV bietet dem Leser eine breite Palette konzeptioneller, großenteils auf die Verhältnisse der Bundesrepublik bezogener Überlegungen. Sie reicht von holzschnittartigen Überlegungen zur Begründung und zur Utopie des Wohlfahrtsstaates (*W. Engels*), einer kritischen Betrachtung der Rechtfertigungsgründe für staatliche Interventionen in den Sozialversicherungsbereichen Gesundheit, Alter und Arbeitslosigkeit (*N. Berthold*), Reflektionen über die konzeptionelle Basis heutiger und künftiger Sozialpolitik (*J.-H. Krupp*) und von soziologischen Einsichten in die Komplementarität zwischen Individualisierung und wachsendem Sicherungsbedürfnis (*W. Zapf*) über eine kritische Analyse aktueller Grundrentenvorschläge (*F. Klanberg* und *A. Prinz*), eine sorgfältige Betrachtung der Möglichkeiten und Probleme von Flexibilisierungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (*C. Helberger*), den Vergleich einer Finanzierung der Sozialversicherung durch lohnbezogene Versicherungsbeiträge, Wertschöpfungsabgabe und Steuern aus wirtschafts-, sozial- und ordnungspolitischer Sicht (*W. Schmähl*) bis hin zu Überlegungen über die Untergrenzen (und Obergrenzen) von Renten in der GRV aus verfassungsrechtlicher Sicht (*W. Heine*) und einer auf die gesetzliche Krankenversicherung bezogenen Analyse der Möglichkeiten, mit alternativen Finanzierungsformen die aus dem demographischen Wandel resultierende Ungleichbehandlung der Generationen zu minimieren (*J.-M. Graf v.d. Schulenburg*).

Die gemeinsame Botschaft der Beiträge ist nicht der minimale, sondern der wohlorganisierte Sozialstaat. Was das für Methode und Umfang staatlicher Interventionen

bedeutet, wird unterschiedlich beurteilt. Auffassungsunterschiede gibt es vor allem bezüglich der Rolle von Sozialversicherungs- und Steuer-Transfer-Lösungen. Hinter ihnen stehen unterschiedliche Ansichten über die Versicherbarkeit von Risiken, über die Auswirkungen von Pflichtversicherungs- und Steuer-Transfer-Systemen auf das wirtschaftliche Verhalten (Abgabenwiderstand, Arbeits- und Sparanreize), über die Verlässlichkeit bzw. Regelgebundenheit der einen und der anderen Sicherungsmethode auf lange Sicht, über den Rang von Eigenvorsorge (via Pflichtversicherung) und Fremdvorsorge (via Steuer-Transfer-System). In ihren einleitenden und zusammenfassenden Bemerkungen äußern die Herausgeber die Zuversicht, daß sich ein Großteil dieser Auffassungsunterschiede durch weitergehende empirische Studien beseitigen oder doch abmildern läßt.

Der Band bereichert die Diskussion um das Verhältnis von Sozialstaat und Marktwirtschaft, weil er zumindest ansatzweise drei Argumentationsebenen verknüpft: Es wird beispielhaft gezeigt, daß die *Existenz* sozialer Sicherung gute ökonomische Gründe für sich hat, also kein effizienzmindernder Fremdkörper in einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist; hinsichtlich der *Methode* staatlich organisierter Sicherung werden die zwei Grundformen der Eigenvorsorge (Versicherungssystem) und der Fremdvorsorge (Steuer-Transfer-System) in einer Reihe von allokativen und distributiven Aspekten beleuchtet; die in der Bundesrepublik *realisierten Formen* sozialer Sicherung erfahren in Teilen eine konzeptionelle Überprüfung und konstruktive Kritik.

H. Albeck, Saarbrücken

Funke, Michael (Ed.): Factors in Business Investment. Springer Berlin u. a. 1989. VIII, 27 Abb., 263 S. DM 85,-.

Die Erklärung der privaten Investitionen gehört seit jeher zu den schwierigsten Aufgaben der empirischen Wirtschaftsforschung. Aufgrund der hohen Variabilität der privaten Investitionen im Zeitablauf sind diese ein dominanter Faktor der Erklärung der konjunkturellen Zyklen. Es ist daher im allgemeinen nicht möglich, diese Zeitreihe aus sogenannten ökonomischen „fundamentals“ zu erklären, da diese eine wesentlich geringere Variabilität aufweisen.

Der von Michael Funke herausgegebene Band enthält 11 Beiträge einer Konferenz des Wissenschaftszentrums Berlin im Jahre 1987. Das Hauptaugenmerk der einzelnen Beiträge liegt auf der Überprüfung von Tobin's Q-Theorie. Es ist diese Theorie, die die Ökonometriker in den vergangenen 10 Jahren ganz besonders beschäftigt hat. Zu nennen sind hier insbesondere die Arbeiten von Hayashi, Abel und Summers. Dem Buch vorangestellt ist ein Überblick über die einzelnen Beiträge von *Michael Funke*.

Der erste Beitrag von *Poret / Torres* vergleicht die Q-Theorie Tobin's mit einem traditionellen Akzelerator-Modell und einem Modell auf der Basis der Profitabilität von Kapitalinvestitionen versus Finanzinvestitionen. Obwohl Tobin's Q-Modell um Einflüsse des Kapitalauslastungsgrades erweitert wird, kann eine Überlegenheit des Q-Modells gegenüber den anderen Modellen nicht nachgewiesen werden. Dies mag an der denkbar rigidesten Messung von Tobin's Q als Summe aus abdiskontierten Nettodividendenzahlungen und abdiskontierten Nettozinsszahlungen liegen.

In der Arbeit von *Yoshikawa* wird zu Recht darauf hingewiesen, daß eines der grundlegenden Probleme darin besteht, das für die Investitionsentscheidungen relevante marginale Q zu bestimmen. Statistische Maße rekurren im allgemeinen auf das durchschnittliche Q. Dieser Gesichtspunkt wird besonders relevant, wenn man

bedenkt, daß technischer Fortschritt im allgemeinen nur in Form neuer Kapitalgüter realisiert werden kann. Es sind damit die Annahmen über den technologischen Fortschritt, die einen wesentlichen Teil der privaten Investitionen erklären könnten. Yoshikawa versucht die permanenten und transitorischen Komponenten mit Hilfe einer Zeitreihendekomposition zu zerlegen, von der allerdings bekannt ist, daß sie eine extrem sensitive Zerlegung liefert.

Der Beitrag von *Bond / Devereau* versucht, die bekanntermaßen schlechten empirischen Ergebnisse der Q-Theorie auf das Problem der Messung der „replacement cost“ zurückzuführen. Sie berechnen anhand von Panel-Daten für Firmen des Vereinigten Königreiches verschiedene marginale Q-Werte, die um alternative Steuerregelungen erweitert werden. Im Ergebnis kommen sie dazu, daß die für Investitionsungleichungen auf der Basis der Q-Theorie üblichen Residuenautokorrelationen nicht auf Meßfehlern in den „replacement cost“ beruhen.

Die Bedeutung des Steuersystems für die Berechnung von Tobin's Q spielt auch in der Arbeit von *Funke / Ryll / Willenbockel* eine zentrale Rolle. Sie berechnen Investitionsungleichungen für insgesamt 19 Industrien. Dabei beseitigen sie die übliche Residuenautokorrelation durch die Annahme eines autoregressiven Prozesses 2. Ordnung. Die ausgewiesenen Durbin-Watson-Statistiken zeigen, daß diese Bereinigung nur teilweise gelingt. Dennoch glauben die Autoren, daß die Q-Theorie eine sparsame, plausible und informative Spezifikation der Investitionsungleichungen gewährleistet.

Nach Ansicht des Referenten liegt ein wesentlicher Grund für die schlechte Erklärung des Investitionsverhaltens in der Betrachtung geschlossener Volkswirtschaften. In der Arbeit von *Alworth / Fritz* wird dieser Gesichtspunkt aufgegriffen, indem die Implikationen stark divergierender Steuersysteme in einzelnen Ländern bei gleichzeitig hoch integriertem Kapitalmarkt untersucht werden. Ihre Schlußfolgerung ist, daß die Existenz eines internationalen Kapitalmarktes dazu führt, daß Differenzen in den unterschiedlichen Steuersystemen der Länder reduziert werden. Aber auch hierbei wird dem Steuersystem möglicherweise noch eine zu große Bedeutung beigemessen. Zumindest für so exportintensive Länder wie die Bundesrepublik und Japan dürfte das Wechselkursrisiko für die Standortwahl bei neuen Produktionsanlagen weit bedeutsamer sein als die mehr oder weniger großen Steuerunterschiede einzelner Länder. Mit anderen Worten: eine vollständige Investitionstheorie für offene Volkswirtschaften wird auch von *Alworth / Fritz* nicht geliefert.

Einen weiteren interessanten Aspekt enthält die Arbeit von *Tachibanaki*, der die Zusammenhänge zwischen Sparverhalten und Investitionsverhalten in Japan untersucht. Ähnlich wie für Japan könnte auch für die Bundesrepublik die These gelten, daß es vor allem wegen des Auseinanderklaffens von inländischer Ersparnis und inländischer Investitionen zu hohen Kapalexporten kommt, deren Spiegelbild Leistungsbilanzüberschüsse sind. *Tachibanaki* zeigt auch die Unterschiede in der Finanzierungsstruktur der privaten Investitionen in Japan und der Bundesrepublik einerseits und in den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich andererseits auf. Es sind Japan und die Bundesrepublik, bei denen der Anteil der Bankkredite bei der Finanzierung von Kapitalinvestitionen wesentlich höher ist als in den beiden anderen Ländern.

Der Beitrag von *Aiginger* untersucht schließlich den Einfluß der Unsicherheit im Vergleich zu einer Entscheidung unter Sicherheit auf die Investitionen. Bei großer Unsicherheit werden nach seiner Ansicht Investitionen geringer ausfallen als bei Sicherheit.

Insgesamt gibt das Buch einen guten Überblick über wichtige Investitionstheorien, die die Diskussion der letzten 10 Jahre bestimmt haben. Die Ergebnisse der Beiträge

zeigen aber auch, daß eine gute empirische Erklärung der privaten Investitionen auf der Basis dieser Ansätze nicht möglich ist. Es ist daher nach Ansicht des Referenten Zeit, auf diesem wichtigen Feld der theoretischen und empirischen Forschung neue Wege einzuschlagen und dabei insbesondere die internationalen Zusammenhänge der Investitionsentscheidungen in hoch integrierten offenen Volkswirtschaften stärker zu berücksichtigen.

G. Hansen, Kiel

MacAvoy, Paul W./Stanbury, W. T./Yarrow, George/Zeckhauser, Richard J.: Privatization and State-Owned Enterprises. Lessons from the United States, Great Britain and Canada. Kluwer Academic Publishers, Boston/Dordrecht/London 1989. 360 S. Dfl. 139,-/US\$ 66,-.

Der vorliegende Sammelband enthält Fallstudien über die Privatisierungspolitik in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und in Kanada. Er ist das Ergebnis einer Tagung an der Universität Rochester vom November 1987. Von der Thematik her ist das Buch für jene interessant, die sich über die Privatisierungspolitik außerhalb des deutschen Sprachbereichs informieren wollen. Das Buch beginnt mit einem Aufsatz von *R. J. Zeckhauser* und *M. Horn* mit dem Titel „Control and Performance of State-Owned Enterprises“. Der Beitrag stellt im großen und ganzen eine Taxonomie öffentlicher Unternehmen dar, im wesentlichen eine ökonomisch aufpolierte Abhandlung der in Deutschland schon zum Überdruß bekannten Instrumentaltheorie der Gemeinwirtschaftslehre. Wäre dies alles, was die in dem Sammelband vertretenen Autoren zu bieten hätten, so könnte man diesen getrost beiseite legen. Insofern ist der Auftakt des Bandes etwas enttäuschend. Zu Recht fallen daher auch die Kommentare von *K. J. Murphy* und von *S. Peltzman* vernichtend aus. Sie wenden sich nicht nur gegen die von den Autoren implizit vertretene organische Staatsauffassung, die das „öffentliche Interesse“ zum Leitmotiv für öffentliche Unternehmen postuliert, sondern auch gegen das Fehlen einer Theorie der Privatisierung. *S. Peltzman* vermutet, daß öffentliche Unternehmen dort vorherrschen, wo Monopolrenten bestehen und wo interne Subventionen aufrechterhalten werden können (z.B. bei den Netzmonopolen). Fehlen jedoch diese Eigenschaften, so wird eine öffentliche Unternehmung häufig privatisiert oder sie muß (bei Aufrechterhaltung der bestehenden Preisstruktur) unter hohen Defiziten weitergeführt werden (wie z.B. die meisten staatlichen Eisenbahnen in Europa).

In einer empirischen Studie über die USA untersuchen *P. W. MacAvoy* und *G. S. McIsaac* das Preis- und Kostenverhalten von zunächst 18 Bundesunternehmen über die Periode 1975 bis 1985 und vergleichen dieses mit den entsprechenden Indices in Privatunternehmen derselben Branchen. Anschließend werden vier Bundesunternehmen, nämlich die Tennessee Valley Authority, Conrail, Post und Amtrak für die Periode 1976 bis 1986 im Detail untersucht. Es zeigt sich mehr oder weniger übereinstimmend, daß die Preise in öffentlichen Unternehmen deutlich rascher gestiegen sind als in entsprechenden privaten Wettbewerbsunternehmen. Diese Entwicklung hat aber nicht zu steigenden Profiten geführt, sondern sich in zunehmenden Arbeitskosten niedergeschlagen. Diese wiederum sind nicht auf überdurchschnittliche Lohnabschlüsse, sondern auf Mehreinsatz von Arbeitskräften zurückzuführen. Die Gründe hierfür sehen die Autoren vor allem im Fehlverhalten der Managements und der Überwachungsausschüsse, die eigenes Interesse mit dem vagen Begriff des öffentlichen Interesses vermischt haben. Der Aufsatz ist sehr informativ und könnte eine Musterstudie für eine ähnliche Analyse in Deutschland darstellen.

K. W. Clarkson behandelt unter dem Titel „Privatisierung auf Staats- und Gemeindeebene“ verschiedene Arrangements, über welche öffentliche Dienstleistungen erstellt werden können (z.B. Auswärtsvergabe, Konzessionierung, Transfers, Subventionen, Gutscheine, Freiwilligkeit, Selbsthilfe, Steueranreize, Gebühren, privates statt staatliches Angebot). Der Aufsatz liest sich wie ein Rezeptbuch für Staats- und Gemeindebeamte; er ist auch aus einem solchen Werk entstanden. Besonderes Gewicht wird auf rechtliche Probleme der Privatisierung gelegt, wie sie u. a. im Staat Florida vorkommen. *St. H. Hanke* geht in seinem Kommentar zu Clarkson vor allem auf die Problematik des Auswärtskontrahierens im Falle eines natürlichen Monopols ein, eine Frage, die im vorangegangenen Aufsatz weitgehend ausgespart worden ist. Hanke entwickelt verschiedene praktische Vorschläge zur Überwindung von Vertragsdurchsetzungsproblemen. Zur Bekämpfung der Korruption bei Auswärtsvergabe schlägt Hanke die Leistung von Sicherheiten oder den Abschluß von „Antikorruptionsversicherungen“ vor.

Die „Privatisierung in Großbritannien“ wird von den Autoren *J. Vickers* und *G. Yarrow* im großen und ganzen kritisch beurteilt. Vielfach sei ein öffentliches Monopol einfach durch ein privates Monopol ersetzt und der eigentlich wünschbaren Deregulierung zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Ferner seien die öffentlichen Unternehmen vielfach unter dem Marktwert privatisiert worden, und schließlich weise auch die RPI-X-Regulierung der Preise Schwächen auf. *Sir A. Walters* kritisiert diese Einschätzung aus der Sicht eines ehemaligen Regierungsberaters: Vickers und Yarrow seien in die Falle des Nirwana-Ansatzes gelaufen, weil sie nicht die relative Effizienz öffentlicher und privater Unternehmen unter dem gleichen Regulierungsregime miteinander verglichen hätten, bzw. nicht zwei unterschiedliche Regulierungsregimes (status quo und RPI-X-Regel) unter sonst gleichen Bedingungen einander gegenübergestellt hätten. Schließlich bestreitet er auch die These der Veräußerung der ehemals staatlichen Unternehmen unter dem Marktwert.

Das Buch schließt mit einer Studie über die Privatisierung in Kanada von *T. W. Stanbury*. Dieser Autor hat sehr viel Fakten zusammengetragen, sozusagen ein feines Mosaik der dortigen Privatisierungspolitik gebildet. Er kommt zu dem Schluß – und auch sein Kommentator stimmt darin überein – daß in Kanada sehr viel über Privatisierung gesprochen, aber wenig dazu getan wird.

Insgesamt kann das Buch (wenn man vom ersten Aufsatz absieht) als wertvolle Forschungsleistung angesehen werden.

Ch. B. Blankart, Berlin

van Velthofen, B. C. J.: *The Endogenization of Government Behaviour in Macroeconomic Models (Studies in Contemporary Economics)*. Springer, Berlin/Heidelberg/New York 1989. XII, 367 S. DM 79,-.

Ausgangspunkt für diese Arbeit ist die Situation in der traditionellen Makroökonomik, in welcher der Staat im allgemeinen als exogen betrachtet wird. Die Frage, die man sich stellt, lautet: Wie soll sich der Staat bzw. wie sollen sich die wirtschaftspolitischen Instanzen in bestimmten wirtschaftlichen Situationen verhalten. Am deutlichsten wird dies in der Theorie quantitativer Wirtschaftspolitik, in der für vorgegebene Zielfunktionen mit Hilfe der Theorie optimaler Kontrolle wirtschaftspolitische Handlungsstrategien entworfen werden. Dabei wird implizit unterstellt, daß sich der Staat wie ein wohlmeinender Diktator verhält, den man nur über sein ‚richtiges‘ Verhalten aufklären müsse. Auf eine theoretische Erklärung der staatlichen Aktivitäten wird verzichtet.

Diese Position ist in sich inkonsistent. Zum einen ist das Handeln der staatlichen Instanzen im Wirtschaftsprozess genauso erklärungsbedürftig wie jenes der privaten Akteure. Wichtiger aber ist, daß für alle privaten Akteure unterstellt wird, daß sie ihren eigenen Nutzen maximieren, daß dies aber für die staatlichen Akteure nicht gelten soll. Sie maximieren die (wie auch immer definierte) soziale Wohlfahrt. Bei seinem Ansatz zur Endogenisierung des Verhaltens staatlicher Instanzen geht van Velthoven dagegen von den Interessen der im politischen Prozeß handelnden Akteure aus, um zu einer Zielfunktion für die staatlichen Instanzen, in erster Linie für die Regierung, zu gelangen. Es geht damit um eine ‚theoretisch begründete Endogenisierung‘, im Gegensatz z.B. zu der in makroökonomischen Modellen teilweise vorfindbaren ‚formalen Endogenisierung‘ mit Hilfe ad hoc spezifizierter Reaktionsfunktionen.

Van Velthoven ist nicht der erste, der eine solche Endogenisierung anstrebt. Im Rahmen der ökonomischen Theorie der Politik, die dabei insbesondere auf den Arbeiten von Downs und Olson aufbaut, sind hierzu bereits eine ganze Reihe von Arbeiten erschienen. Nachdem van Velthoven im ersten Kapitel die Position der traditionellen Theorie der Wirtschaftspolitik dargestellt hat, gibt er deshalb im zweiten Kapitel einen Überblick über die bisherigen Ansätze zur Endogenisierung des Regierungsverhaltens im Rahmen ökonomischer Modelle. Er stellt zunächst das Medianwähler-Modell dar. Danach beschreibt er die Theorien des Wähler- und des Regierungsverhaltens, wie sie den Wahl- und Popularitätsfunktionen, den Modellen des politisch-ökonomischen Konjunkturzyklus in der Tradition von Nordhaus sowie den Modellen des tatsächlichen Regierungsverhaltens entsprechend dem Ansatz von Frey und Schneider zugrunde liegen. Außerdem geht er auf die Theorien der Bürokratie und der Interessengruppen ein.

Bei der Bewertung der Leistungsfähigkeit dieser Ansätze kommt er zu einem eher negativen Urteil. Was die Modelle des Regierungsverhaltens betrifft, so ist seiner Meinung nach deren theoretische Grundlage „ziemlich zweifelhaft“, die empirischen Ergebnisse sind „ziemlich gemischt und nicht überzeugend“, und „der Einfluß der Bürokratie auf die Entscheidungsfindung im öffentlichen Sektor wird, ganz abgesehen vom Einfluß der Interessengruppen, gar nicht oder nur in rudimentärer Weise in diesen Modellen berücksichtigt.“ (S. 77.) Aber auch der marxistische Ansatz, auf den er zum Schluß dieses Kapitels kurz eingeht, ist, insbesondere infolge seiner mangelnden Bestimmtheit, in seinen Augen nicht besser. Daher kommt er zu folgendem Ergebnis: „Es existiert keine allgemeine, umfassende Theorie, die den Einfluß der Wähler, der politischen Parteien, der öffentlichen Verwaltung und der Interessengruppen auf den politischen Entscheidungsprozeß in einem Mehrparteiensystem gemeinsam erfaßt und gegenüberstellt“ (S. 99).

Als Alternative zu diesen Ansätzen sieht van Velthoven den Interessenfunktionen-Ansatz („Interest Function Approach“), der von van Winden in einer ganzen Reihe von Arbeiten entwickelt wurde¹ und den er im dritten Kapitel seiner Arbeit vorstellt. Während in den Ansätzen der ökonomischen Theorie der Politik die Wähler und die Regierung die entscheidenden Akteure sind, sind dies im Rahmen des Interesse-Funktionen-Ansatzes die Interessengruppen. Van Velthoven unterscheidet im Anschluß an van Winden vier wesentliche Interessengruppen: (i) Die Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor (Politiker und Bürokraten), (ii) die Arbeitnehmer im privaten Sektor, (iii) die Selbständigen bzw. die Eigentümer der Produktionsmittel im privaten Sektor (Kapitalisten), und (iv) die ‚Abhängigen‘, d.h. insbesondere Arbeitslose und Rentner. Die Nutzenfunktionen der repräsentativen Mitglieder dieser Gruppen bzw. sozialen Klas-

¹ Siehe insbesondere *F.A.A.M. van Winden* (1981): *On the Interaction Between State and Private Sector. A Study in Political Economics*. North-Holland, Amsterdam.

sen werden ‚elementare Interessenfunktionen‘ genannt, und Argumente sind in ihnen das reale verfügbare Einkommen des repräsentativen Mitglieds dieser Klasse, die Menge der vom Staat für diese Klasse bereitgestellten öffentlichen Güter sowie die relative numerische Stärke dieser Klasse. Die einzelnen Klassen versuchen nun, ihre Interessen im politischen Prozeß durchzusetzen. Daraus ergibt sich dann ein Handeln der Regierung, welches so beschrieben werden kann, als ob die Regierung eine ‚komplexe Interessenfunktion‘ maximierte, die sich daraus ergibt, daß die elementaren Interessenfunktionen gewichtet und miteinander multipliziert werden². Der Prozeß, durch den es dazu kommt, daß diese komplexe Interessenfunktion sich so und nicht anders ergibt, bleibt im Dunkeln. Van Velthofen spricht in diesem Zusammenhang explizit von einer ‚Black Box‘. Dies bedeutet andererseits nicht, daß keine theoretische Ableitung möglich wäre; van Velthofen weist selbst darauf hin, daß man die komplexe Interessenfunktion z.B. als Ergebnis einer kooperativen Nash-Lösung begreifen kann.

Kennt man diese komplexe Interessenfunktion, kann man wie in der traditionellen Theorie quantitativer Wirtschaftspolitik Reaktionsfunktionen für die staatlichen Instrumentvariablen ableiten. Hierzu ist freilich die genaue Kenntnis der Nebenbedingungen notwendig, d.h. man benötigt ein explizit formuliertes makroökonomisches Modell. Wie dies geschehen kann, wird im vierten Kapitel gezeigt. Hierzu werden in einem einfachen statischen keynesianischen Gütermarktmodell Reaktionsfunktionen für Staatsausgaben und Steuern abgeleitet. In Kapitel 5 wird dieses Modell dann für die Niederlande angewendet. Mit Jahresdaten für die Jahre 1952 bis 1977 bzw. 1970 bis 1984 werden Bestimmungsgleichungen für die Steuern und die Löhne im öffentlichen Sektor in Abhängigkeit von den Gewinnen und für die Staatsausgaben in Abhängigkeit von den Löhnen im öffentlichen Sektor geschätzt. Die Gleichungen weisen erhebliche Autokorrelation der Residuen auf. Dies ist aber auch nicht verwunderlich, da die dabei als konstant unterstellten Regressionskoeffizienten gemäß dem hier vorgestellten Ansatz selbst Variable sind, die abhängig vom ‚Machtkoeffizienten‘ δ sind, der seinerseits eine Funktion der relativen Gewichte der elementaren Interessenfunktionen der einzelnen Gruppen in der komplexen Interessenfunktion ist. In einem zweiten Schritt werden daher Bestimmungsgleichungen für diesen Machtkoeffizienten in Abhängigkeit von der relativen Stärke der einzelnen Interessengruppen sowie von anderen Variablen wie z.B. der Beschäftigungsrate und der politischen Richtung der Regierung geschätzt³.

In Kapitel 6 wird das theoretische Modell aus Kapitel 4 dynamisiert. Damit soll abgebildet werden, wie sich im Verlauf des politisch-ökonomischen Prozesses die Machtstruktur innerhalb der Gesellschaft verändert. Dabei bilden die zahlenmäßigen Anteile der einzelnen Klassen an der Gesellschaft in Periode t die Gewichte dieser Klassen innerhalb der komplexen Interessenfunktion für die Periode $t + 1$, aus deren Maximierung sich, gegeben das wirtschaftliche System, die Anteile dieser Klassen in der Periode $t + 1$ ergeben. Das wirtschaftliche System selbst bleibt wie bisher statisch.

In den folgenden beiden Kapiteln wird das statische Modell auf zwei spezifische Fragestellungen angewendet. Zunächst wird in Kapitel 7 eine politisch-ökonomische Theorie der Sozialversicherung vorgestellt. Die hierzu verwendete Version des Interessenfunktionen-Ansatzes unterscheidet sich von den davor vorgestellten Modellen

² Formal ergibt sich der Logarithmus der komplexen Interessenfunktion als konvexe Kombination der logarithmierten elementaren Interessenfunktionen.

³ Für die vierte Klasse, die Abhängigen, wird bei diesen Schätzungen allerdings unterstellt, daß sie keinen Einfluß auf das Regierungsverhalten haben.

vor allem dadurch, daß jetzt auch die vierte soziale Klasse, die ‚Abhängigen‘ positive Gewichte in der komplexen Interessenfunktion erhalten. Außerdem findet ihr Transfereinkommen auch in den einfachen Interessenfunktionen der übrigen Klassen Berücksichtigung. Begründet wird letzteres damit, daß für die Mitglieder der anderen Klassen positive Wahrscheinlichkeiten bestehen, arbeitslos oder Rentner zu werden, und daß sie deshalb (quasi als Versicherung) ein eigenes Interesse an diesen Transferzahlungen haben. Wie in Kapitel 4 wird auch hier das (entsprechend erweiterte) gesamte politisch-ökonomische Modell vorgestellt, und wie in Kapitel 5 werden wieder empirische Untersuchungen vorgestellt, die zeigen sollen, wie die Macht- bzw. Interessengewichte der einzelnen Klassen von ihrer numerischen Stärke in der Bevölkerung abhängen. In Kapitel 8 wird schließlich gezeigt, wie im Rahmen des theoretischen Modells Probleme der längerfristigen Planung der staatlichen Entscheidungsträger und damit auch die Entstehung von Budgetdefiziten und -überschüssen behandelt werden können.

Im abschließenden Kapitel 9 faßt van Velthoven nicht nur die Ergebnisse seiner Arbeit knapp zusammen, sondern er zeigt auch, wo seiner Meinung nach (noch) Schwächen des hier vorgestellten Ansatzes liegen und daher weitere Forschung notwendig ist, und er versucht seinen Ansatz einzuordnen im Rahmen der insbesondere von James Buchanan entwickelten ‚konstitutionellen Ökonomik‘. Alles in allem kommt er dabei zu einer sehr optimistischen Einschätzung der Leistungsfähigkeit dieses Ansatzes, sowohl was das bisher bereits Erreichte betrifft, als auch bezüglich der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten.

Gegenüber der traditionellen Makroökonomik bringt dieser Ansatz einen wesentlichen Fortschritt. Daß dort das Regierungshandeln als exogen betrachtet wird, ist eine entscheidende Schwäche, die es zu überwinden gilt. Aber bei aller Sympathie gegenüber dem hier vorgestellten Ansatz bzw. gegenüber dem zugrunde liegenden Konzept der Interessenfunktionen kann man kaum übersehen, daß dieser Ansatz nach wie vor zwei wesentliche Schwächen hat, die beide überwunden werden müssen, bevor ernsthaft der Anspruch erhoben werden kann, daß hier eine kohärente Theorie des staatlichen bzw. des Regierungshandeln vorliegt. Zum einen werden in dieser Arbeit kaum überprüfbare Hypothesen vorgestellt, und die wenigen vorgestellten Ergebnisse deuten, falls man sie ernst nimmt, darauf hin, daß dieser Ansatz verworfen werden muß. Zum zweiten aber ist nach wie vor unklar, wie im Rahmen dieses Ansatzes Regierungshandeln erklärt werden kann.

Die zentralen Hypothesen beziehen sich in diesem Modell auf die Zielfunktion der Regierung, die komplexe Interessenfunktion. Gegeben diese Zielfunktion und die Nebenbedingungen des wirtschaftlichen Modells, müßte es möglich sein, Reaktionsfunktionen für die wirtschaftspolitischen Instrumente abzuleiten, die testbare Hypothesen über den Einfluß bestimmter Variabler auf die Entscheidungen der Regierung beinhalten. Vorgestellt werden aber, wie oben dargelegt wurde, Einfachregressionen, in denen z. B. die Steuern von den Profiten abhängen. Dabei wird allerdings darauf hingewiesen, daß der dabei zu schätzende Koeffizient im Zeitablauf nicht konstant sein muß, da er von einer Reihe weiterer Größen abhängt. Die Ergebnisse mit Werten für die Durbin-Watson-Statistik zwischen 0.17 und 0.44 zeigen offensichtliche Fehlspezifikationen an⁴. Im nächsten Schritt werden daher, wie oben beschrieben, Bestimmungsgleichungen für den Machtkoeffizienten geschätzt. Dabei werden für die beiden in diesem Modell theoretisch relevanten Variablen positive Vorzeichen erwartet. Tatsächlich aber erhält man einmal ein signifikant positives und einmal ein signi-

⁴ Möglicherweise deuten einige der geschätzten Beziehungen auf Kointegration der Variablen hin. Darauf wird jedoch nicht eingegangen.

fikant negatives Vorzeichen. Bezüglich dieses ‚falschen‘ Vorzeichens wird der Leser dann aufgeklärt, daß es theoretisch zwar unwahrscheinlich, aber nicht unmöglich sei. Dies aber bedeutet, daß bezüglich dieses Koeffizienten jedes Ergebnis mit dem theoretischen Modell vereinbar ist; eine empirische Überprüfung ist nicht mehr möglich. Auch in den Schätzungen des Modells für die Sozialversicherung findet man reichlich ‚falsche‘ und auch nicht signifikante Vorzeichen; empirisch hat sich das vorgestellte Modell nach diesen Schätzungen nicht bewährt. Dies gilt insbesondere dann, wenn man die gleichen strengen Maßstäbe anlegt, die van Velthoven in Kapitel 2 bei der Beurteilung der bisherigen empirischen Arbeiten zur Theorie des Regierungsverhaltens verwendet.

Dies alles bedeutet nicht, daß damit der Interessenfunktionen-Ansatz empirisch gescheitert wäre. Wie oben ausgeführt wurde, beziehen sich die eigentlichen Hypothesen auf die Zielfunktion. Testbar sind hier aber nur verbundene Hypothesen, die sich aus Zielfunktion und Nebenbedingungen ergeben. Das verwendete makroökonomische Modell ist aber so extrem vereinfacht, daß es für eine empirische Arbeit nicht mehr als eine (für den hier unternommenen Zweck) hinreichende Beschreibung der ökonomischen Wirklichkeit angesehen werden kann. Dies gilt auch dann, wenn man die keynesianische Grundauffassung des Autors teilt.

Der zweite schwerwiegende Mangel ist die fehlende Vermittlung zwischen den individuellen Interessen und der Zielfunktion der Regierung. Es ist unbestreitbar sinnvoll, bei der Untersuchung der hier interessierenden Fragen nicht nur von *enem* repräsentativen Individuum auszugehen, sondern von den repräsentativen Individuen der einzelnen Gruppen bzw. Klassen und deren Nutzen- bzw. Interessenfunktionen. Die für eine politisch-ökonomische Theorie zentrale Frage ist dann aber, wie sich welche Gruppen im politischen Prozeß letztlich durchsetzen und damit das Verhalten der Regierung beeinflussen. Hier mit Hilfe einer ‚Black Box‘ einer Antwort auszuweichen, ist sehr unbefriedigend; dies bedeutet den Verzicht auf eine Verhaltenstheorie⁵. Auch die Frage, welche Rolle wesentliche politische Mechanismen, wie z. B. die Wahlen, für die von einer Regierung verfolgte Politik spielen, wird damit systematisch ausgeklammert. Dies mag bei einer Beschreibung des niederländischen Regierungssystems in einem ersten Schritt zulässig sein, für einen allgemeinen politisch-ökonomischen Ansatz und insbesondere für Länder wie die Vereinigten Staaten oder das Vereinigte Königreich ist dies sicher keine sinnvolle Strategie. Und schließlich ist auch nicht klar, wie in diesem Modell Konflikte zwischen den einzelnen Gruppen und die sich daraus entstehenden Reibungsverluste dargestellt werden sollen; die in der komplexen Interessenfunktion implizierte kooperative Lösung läßt zwar zu, daß sich die einzelnen Interessen unterschiedlich stark durchsetzen, aber nicht, daß sie gegeneinander stehen.

Dies alles ändert nichts daran, daß die Arbeit von van Velthoven eine interessante Weiterentwicklung des Interessenfunktionen-Ansatzes von van Winden darstellt. Das Verdienst dieses Ansatzes ist es, im Rahmen der Neuen Politischen Ökonomie auf die Bedeutung der Interessengruppen (bzw. der sozialen Klassen) für den politischen Entscheidungsprozeß hingewiesen zu haben und zu versuchen, diesen Einfluß im Rahmen

⁵ Der Verweis von van Velthoven auf die Literatur über industrielle Organisation und auf den dort untersuchten Zusammenhang zwischen Marktstruktur und Markterfolg zieht nicht. Er weist darauf hin, daß dort in den empirischen Arbeiten die intervenierende Variable der Firmenleitung („conduct“) ebenfalls nicht erfaßt werde. (Dabei bezieht er sich insbesondere auf *J. S. Bain (1968): Industrial Organization*. Wiley, New York, 2. Auflage.) Dies ist zwar richtig, aber im theoretischen Ansatz wird diese Variable durchaus explizit erfaßt, während beim Interessenfunktionen-Ansatz gerade das theoretische Modell als ‚Black Box‘ behandelt wird.

eines (formalen) makroökonomischen Modells abzubilden. Auch wenn die im Rahmen dieses Ansatzes bisher vorliegenden Arbeiten ihrem eigenen Anspruch, nämlich eine kohärente Theorie des Regierungshandelns zu liefern, noch lange nicht gerecht werden, stehen sie in fruchtbarem Wettbewerb mit den von der ökonomischen Theorie der Politik herkommenden Ansätzen, bei denen die politischen Akteure im wesentlichen auf Regierung und Wähler beschränkt sind. Ob und wie diese beiden unterschiedlichen Ansätze zur Endogenisierung des Regierungsverhaltens einmal integriert werden können, ist allerdings völlig offen.

G. Kirchgässner, Osnabrück

Scherf, Harald (Hrsg.): Beschäftigungsprobleme hochentwickelter Volkswirtschaften. Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Berlin 1987 (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge Bd. 178). Duncker und Humblot, Berlin 1989. 584 S. Ln. DM 218,-.

Aus Anlaß der 750-Jahrfeier Berlins fand die Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 1987 in den Räumen der Technischen Universität statt, wo sich die Mitglieder mit dem Thema „Beschäftigungsprobleme hochentwickelter Volkswirtschaften“ auseinandersetzten. Jetzt liegt der Tagungsband im Buchhandel vor.

Ein umspannendes Thema, wie das der Tagung, verlangt Ordnung bei der Präsentation der Beiträge. Deshalb gliedert die Vorbereitungskommission unter der Leitung von *Harald Scherf* die 29 Einzelthemen schwerpunktartig in ein Eröffnungsplenum und 5 Arbeitskreise: Im ersten Arbeitskreis werden die Änderungen der Nachfrage- und Angebotsbedingungen und deren Wirkungen auf die Beschäftigung behandelt. Der zweite Arbeitskreis befaßt sich mit den Beschäftigungsproblemen in einer regulierten Welt, wobei der Behinderung von Beschäftigung durch institutionelle Regulierungen die Förderung von Beschäftigung durch institutionelle Innovationen gegenübergestellt wird. Eine Erörterung spezieller Aspekte im Verhältnis von Abgaben- und Beschäftigungssystem erfolgt im dritten Arbeitskreis. Der vierte Arbeitskreis thematisiert das Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem. Der fünfte Arbeitskreis hinterfragt schließlich die Bedeutung der Arbeit im Leben des Einzelnen.

Das komplexe Tagungsthema fordert den Mut zur Lücke und läßt andererseits Referate zu, die nur lose mit dem zentralen Thema verbunden sind. Zu den Lücken gehören z.B. Beiträge neuerer Arbeitsmarkttheorien zur Erklärung von Arbeitslosigkeit oder zu Beschäftigungsproblemen von Randgruppen (Gastarbeiter, Behinderte u. a.). Zu den locker verbundenen Referaten zählt z.B. das Referat von *Norbert Klotten* zum „Paradigmawechsel in der Geldpolitik“, das man wegen seiner Brillanz nicht missen möchte.

Die Formulierung des Tagungsthemas kann eine Befassung mit den Beschäftigungsproblemen in einzelnen Volkswirtschaften erwarten lassen. Diese treten jedoch zugunsten einer generalisierenden Behandlung des Themas zurück. Wenn konkret auf eine Volkswirtschaft Bezug genommen wird, steht dafür in der Regel die Bundesrepublik. Diese Konzeption erfüllt das Thema. Wenn aber zum Zeitpunkt der Tagungsvorbereitung schon der politische und ökonomische Wandel in Mittel- und Osteuropa absehbar gewesen wäre, hätte man sich sehr wohl einen Arbeitskreis zu den besonderen Beschäftigungsproblemen einiger hochentwickelter (ehemaliger) sozialistischer Länder vorstellen können. Der Vorsitzende des Vereins für Socialpolitik *Gernot Gutmann* deutet es in seiner Begrüßungsansprache voraussehend an.

Bei der Fülle und den unterschiedlichen Teilaspekten ist es nicht einfach, ein einheitliches Bild von dem resultierenden Tagungsband wiederzugeben. Es kommt

hinzu, daß die Einzelbeiträge den differenzierten methodischen Stand der Nationalökonomie spiegeln: Verbale Beiträge, formalisierte Modelle und empirische Untersuchungen halten sich die Waage. Deshalb sollen für die Auswahl der nachfolgend angesprochenen Beiträge objektive Kriterien gar nicht vorgeschoben werden; sie entspricht vielmehr den subjektiven Präferenzen des Rezensenten. Schließlich ist ein thematisch so weit gespannter Tagungsband auch kein Lehrbuch. Der Benutzer wählt die ihn interessierenden Beiträge aus der Fülle des Gebotenen aus.

Wie nicht anders zu erwarten, gibt es keynesianisch und klassisch orientierte Beiträge und manche Fortentwicklung dieser Grundpositionen und auch einiges dazwischen, was sich schon im Eröffnungsplenum zeigt.

Winfried Vogt geht in einem Beitrag über „Beschäftigung, Effizienz und Beschäftigungspolitik“ von Vorbehalten gegenüber den extremen Positionen des Keynesianismus, der Neuen Klassischen Makroökonomie und des Deregulierungsansatzes aus. Deren Grundpositionen werden dadurch charakterisiert, daß sie entweder den Markt (Keynesianer) oder die Beschäftigungspolitik (Neue Klassische Makroökonomie) oder beide (Deregulierungsansatz) für ungeeignet halten, das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen. Wenn aber e contrario sowohl der Marktmechanismus als auch eine systematische Beschäftigungspolitik tendenziell zur Vollbeschäftigung führen können, dann sind die drei Grundpositionen in ihrer reinen Form nicht aufrecht zu erhalten. Vogt folgert daraus eine interessante vierte Position: Wenn Arbeitslosigkeit trotz der Marktkräfte in Marktwirtschaften zu beobachten ist, dann kann das auch die Folge einer Beschäftigungspolitik gegen den Markt sein, die die gesellschaftlichen und partikularen Kosten und Nutzen von Inflation und von Produktivitätssenkungen einer Vollbeschäftigung in Rechnung stellt. Diese Abwägungen diskutiert er in einem eher keynesianischen Modell. Es hat zum Ergebnis, daß letztlich eine an einem hohen Produktivitätsniveau orientierte Beschäftigungspolitik bei Annäherung an die Vollbeschäftigung in eigener Folge inflationär wirkt und den Verlust der Vollbeschäftigung erzwingt. Allerdings ist mit diesem Ergebnis das wohlfahrtstheoretische Kosten-Nutzen-Problem in der Folge einer Beschäftigungspolitik noch nicht gelöst.

Im Gegensatz zu Vogt wählt *Heinrich Matthes* unter dem Titel „Unterbeschäftigung als gemeinsames Problem der Industrieländer“ einen im Grunde klassisch orientierten Ansatz. Nachfragemangel spielt nach seiner Meinung nur eine untergeordnete Rolle bei dieser Unterbeschäftigung. Wichtiger erscheinen ihm die Faktorpreisrelationen, um das Beschäftigungswunder in den Vereinigten Staaten und die Arbeitsmarktlaute in Westeuropa zu erklären. Er setzt sich in diesem Zusammenhang für eine lohnpolitische Orientierung in Europa ein, die Gemeinsamkeiten mit dem Konzept der kostenniveau-neutralen Lohnpolitik des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat. Möglichkeiten für eine günstigere Beschäftigungssituation sieht er in der 1985 von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Kooperativen Wachstumsstrategie. Ihre wesentliche Voraussetzung ist eine konsolidierte Haushaltspolitik, die den Spielraum für Steuersenkungen und Verbesserungen auf der Nachfrage- und Angebotsseite schafft. Eher skeptisch wird man jedoch die von Matthes beobachtete und extrapolierte günstige Entwicklung der Relation von gesamtwirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigungszuwachs zu beurteilen haben. Diese empirische Beobachtung einer Verbesserung in den vergangenen Jahren ersetzt nicht prognosefähige Kausalhypothesen für die Zukunft.

Wolfgang Klauer beschäftigt sich in Arbeitskreis 1 unter der Überschrift „Bevölkerungsentwicklung, Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung“ mit den Zusammenhängen von Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsmarkt. Er untersucht die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung und Erwerbsbeteiligung auf den Arbeitsmarkt

in der Bundesrepublik seit 1950 in mehreren charakteristischen Perioden. Die letzte Periode ist eine in das Jahr 2000 reichende Prognoseperiode. Er referiert dabei die bekannten Rechnungen (IAB, Prognos, DIW). Wie unsicher allerdings unabhängig vom methodischen Vorgehen die Aussagen in diesem Bereich bleiben müssen, zeigen die Wanderungsbewegungen im Zuge jüngster politischer Veränderungen. Unabhängig davon wird man Klauder in den Thesen zustimmen können, daß der Arbeitsmarkt der Bundesrepublik wesentlich von demographischen Tendenzen, von ökonomischen und technologischen Entwicklungen sowie von Änderungen der Erwerbsbeteiligung beeinflußt wird. Dagegen erteilt er der rein konjunkturellen Erklärung der Arbeitslosigkeit eine klare Absage.

Ebenso interessant wie gelungen dargestellt ist der Beitrag von *Joachim Klaus* über „Institutionelle Veränderungen als Folge von Beschäftigungskrisen“. Klaus steckt zunächst den Gesamtrahmen möglicher institutioneller Veränderungen ab, geht auf unterschiedliche Formen institutioneller Veränderungen ein und weist auf die Interaktionen zwischen den Marktprozessen und den Institutionen hin. Ausgehend von neueren institutionellen Theorieansätzen baut er sodann den analytischen Rahmen auf, anhand dessen er die Veränderungen der arbeitsmarktrelevanten Institutionen verfolgt. Zur Analyse der Grundzüge institutioneller Veränderungen geht Klaus drei Untersuchungsschritte: Zunächst leitet er die wirtschaftspolitischen Erfordernisse zur Überwindung der Beschäftigungskrise theoretisch ab. Nachfolgend nimmt er eine empirische Bestandsaufnahme konkreter institutioneller Entwicklungen vor. Schließlich arbeitet er die Interessenkonstellationen (Vorteilspotentiale) als mögliche Ursachen institutioneller Strukturveränderungen heraus. Dabei weist Klaus darauf hin, daß die Frage nach den nicht eingetretenen institutionellen Reaktionen ähnlich wichtig sein kann wie die tatsächlich eingetretenen Veränderungen. Und die zunehmende Akzeptanz von Arbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft könnte als institutionelle Wandlung erscheinen, die sich in einer veränderten Einstellung zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und zu den sozialen Problemen ausdrückt. Hier hat Klaus möglicherweise einen Schlüssel zum Verständnis der stabilen sozialen Lage in der Bundesrepublik gefunden.

Im Arbeitskreis 2 setzt sich *Kurt W. Rothschild* in seinem Beitrag mit den „Aufgaben der Gewerkschaften in einer sich wandelnden Arbeitswelt“ auseinander. Er will nicht normative Aussagen treffen. Ihm geht es vielmehr um Aktions- und Reaktionsmöglichkeiten der Gewerkschaften im Gefolge neuerer Tendenzen in der Arbeitswelt. Ergebnis seiner Ausführungen ist die Formulierung einer Gewerkschaftspolitik, die den Primat einer hohen Beschäftigung verfolgt und gleichzeitig die Möglichkeiten der Einkommenspolitik nutzt. Sie hat den Konflikt mit der Preisniveaustabilität zu mindern, weil die Inflationsangst in der Gesellschaft zunehmend den Beschäftigungsinitiativen entgegen steht. Hier verzahnt sich das Rothschildsche Thema mit dem zuvor angesprochenen von Vogt aus dem Eröffnungsplenum.

In einem weiteren Beitrag dieses Arbeitskreises setzt sich *Wolfgang Franz* theoretisch und empirisch mit der Frage auseinander, inwieweit „Beschäftigungsprobleme auf Grund von Inflexibilitäten auf Arbeitsmärkten“ entstehen können. Zur Diskussion stehen, ob die beobachtete Zunahme von Arbeitslosigkeit durch eine gestiegene Inflexibilität erklärt werden kann, und ob, falls die häufig behaupteten Rigiditäten nicht zugenommen haben, mehr Beschäftigung von mehr Flexibilität zu erwarten gewesen wäre. Der empirische Befund ergibt keinen nennenswerten Anstieg der Rigiditäten mit Ausnahme der regionalen Mobilität und der Langzeitarbeitslosigkeit, wobei letztere nach der Meinung von Franz bei einem nachhaltigen Konjunkturaufschwung an Gewicht wesentlich verlieren würde. Das Ende der 80er und der Anfang der 90er Jahre wird zeigen, ob er recht hat. Die Frage, ob mehr Flexibilität mehr

Beschäftigung nach sich gezogen hätte, versucht der Autor mit allen Vorbehalten durch internationale Vergleiche anzugehen, die aber nicht auf positive Zusammenhänge schließen lassen. Man nimmt es zur Kenntnis und ist verwundert.

Ernst-Moritz Lipp befaßt sich in seinem Beitrag zum Arbeitskreis 3 mit „Lohnnebenkosten und Beschäftigung“. Das ist ein Thema mit vielen Aspekten, und der Autor greift sie auf, die Meßkonzepte, die Ursache für das Ansteigen der Lohnnebenkosten, ihr Einfluß auf das gesamtwirtschaftliche Lohnniveau und die Einengung des Verteilungsspielraums beim Direktentgelt, die Folgen für das Beschäftigungssystem und seine Flexibilität (unter Verweis auf einen vorausgehenden Beitrag von Horst Siebert über „Kündigungsschutz und Sozialplanpflicht – Optimale Allokation von Risiken oder Ursache der Arbeitslosigkeit“ und im Widerspruch zu den Ergebnissen der empirischen Untersuchung von Franz) u. a. Der Autor stellt besonders bei kleinen und mittleren Unternehmen und bei Unternehmen mit spezieller Beschäftigtenstruktur oder bestimmten Produkten eine Belastung durch Lohnnebenkosten fest, wenn die möglichen Ausweichreaktionen gering sind. Leider fehlt – wie in anderen Beiträgen zu diesem Thema – der Hinweis, daß manche Sozialleistungen, deren Finanzierung als Lohnnebenkosten zu Buche schlagen, auch produktivitätsfördernde Eigenschaften aufweisen können und deswegen gewährt werden.

Mit der beschäftigungspolitischen Bedeutung einer Veränderung der lohnbezogenen Bemessungsgrundlage der Sozialabgaben setzt sich *Ewald Nowotny* in seinem Beitrag unter dem Titel „Die Bruttowertschöpfung als Bemessungsgrundlage von Sozialabgaben – beschäftigungspolitische Aspekte“ auseinander. Der Autor schätzt auf der Basis von Plausibilitäten den beschäftigungspolitischen Effekt einer Umbasierung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung als gering und unsicher ein. Ein Instrument der allgemeinen Beschäftigungspolitik könne das deshalb nicht sein. Allerdings sieht der Autor auch keine negativen Beschäftigungseffekte einer solchen Umbasierung. Man nimmt auch das zur Kenntnis und ist ein weiteres Mal überrascht. Der Autor weist jedoch eindringlich darauf hin, daß die zur Diskussion gestellte Frage nicht von dem Gesamtproblem der künftigen Stellung und Organisation des Systems der sozialen Sicherung losgelöst werden kann, das aus seiner Sicht zur Disposition steht.

Ein Beitrag in Arbeitskreis 4 unter der Fragestellung „Unternehmensübergreifende Normierung des Ausbildungssystems – Ursache für ungenügende Anpassung an die technisch-ökonomische Entwicklung“ stammt von *Peter Meyer-Dohm*. Es geht ihm um die verfahrensmäßige Seite der Abstimmung von Bildungs- und Beschäftigungssystem. Im Rahmen der allgemeinen Deregulierungsdiskussion befaßt er sich mit der These einer Deregulierung des Ausbildungssystems. Das Ergebnis ist wohl abgewogen: Die unternehmensübergreifende Normierung des Ausbildungssystems steht nicht prinzipiell der Anpassung an den technisch-ökonomischen Wandel entgegen. Die Normierung hat positive Konsequenzen für die Gesamtwirtschaft, für die Arbeitnehmer und für die Unternehmen in ihrer Gesamtheit, wenn auch nicht betriebsspezifisch. Aber Deregulierung im Sinne von Flexibilisierung ist gefragt. Die Formulierung geeigneter Qualifikationen in den Ausbildungsverträgen und ihre schnelle Anpassung an den Wandel ist verfahrensmäßig zu sichern. Das gilt auch für die Prüfungsverfahren. Dazu macht er Vorschläge. Und die Weiterbildung ist die unabdingbare Ergänzung.

Zwei weitere Beiträge beschäftigen sich konzeptionell mit dem Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystemen. Während der Beitrag von *Erich E. Geißler* „Über das Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystemen“ sich an der Ideengeschichte orientiert, richtet sich die Frage von *Hajo Riese* „Sollen Bildungs- und Beschäftigungssystem koordiniert werden?“ speziell an das Hochschulwesen im

deutschen Sprachraum. Riese unterscheidet das Hochschulwesen in der Bundesrepublik (Bedarfsansatz) von dem der USA (human capital approach) und Schwedens (social demand approach). Aus dem Bedarfsansatz leitet er das Abstimmungsproblem zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem, die Frage nach der Absorptionsfähigkeit von Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt, ab. Diese spezifische bildungsökonomische Fragestellung berührt die Organisation des Hochschulwesens in der Marktwirtschaft. Und das veranlaßt Riese zu einer Analyse mit Hilfe des Instrumentariums der ökonomischen Theorie. Seine These lautet: Die bildungsökonomische Diskussion im deutschen Sprachraum bedient sich dem Bedarfsansatz folgend eines wachstumstheoretischen Analyseinstrumentariums, obwohl das interessierende Abstimmungsproblem eine allokativer Fragestellung ist und preistheoretisch angegangen werden muß. Er führt dem Leser vor, daß das gegenwärtige Hochschulwesen aus preistheoretischen Gründen die Abstimmung von Bildungs- und Beschäftigungssystem nicht leisten kann. Schließlich formuliert er die Organisationsprinzipien eines leistungsfähigen Hochschulwesens. Dessen Organisation muß, wie alle erfolgreichen Marktteilnehmer, das Spannungsverhältnis zwischen Standardisierung und Differenzierung reflektieren. Wie das Leistungsangebot des Hochschulwesens dann auszusehen hat, zeigt Riese zumindest strukturell auf.

Die wissenschaftlichen Beiträge schließen in Arbeitskreis 5 mit einer empirischen Untersuchung über „Beschäftigungsprobleme der Frauen“ von *Christian Brinkmann* und *Gerhard Engelbrech*. Die Erwerbsquote der Frauen ist seit 1970 deutlich gestiegen. Personen- und arbeitsmarktbezogene Hintergründe haben dabei differenzierte Entwicklungen bewirkt, denen die Autoren nachgehen. Sie beschäftigen sich mit personen- und familienbezogenen Einflüssen auf die Erwerbstätigkeit verheirateter deutscher Frauen und ihren Motiven, ferner mit Problemen im Zusammenhang mit einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit und der Rückkehr in den Beruf. Außerdem wird die Abhängigkeit der Erwerbsbeteiligung von der Arbeitsmarktsituation angesprochen. Und schließlich diskutieren die Autoren die weitere Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit unter Einbeziehung internationaler Erfahrungen. Diese gelungene empirische Analyse stützt sich wesentlich auf Repräsentativbefragungen des IAB und verzichtet weitgehend auf theoretische Aspekte.

Nach dem Studium des Tagungsbandes wird der Leser sicher dem Bekenntnis von *Johannes Schneider* und *Wolfgang Wiegand* in ihrem Beitrag „Steuer- und Verschuldenspolitik bei Effizienzlöhnen“ zustimmen, „daß nicht einmal eine überzeugende und weitgehend akzeptierte *theoretische* Erklärung von Arbeitslosigkeit existiert; um so weniger können positive (...) Empfehlungen abgegeben werden“ (S. 395). Da hält man es gerne mit *Norbert Kloten*: „... was den Wirtschaftswissenschaften (...) eine geringere wissenschaftliche Dignität (als den Naturwissenschaften, D. Verf.) zu verleihen scheint, begründet auch ihren Reiz“ (S. 93). In diesem Tagungsband des Vereins für Socialpolitik wird es deutlich.

F. Abb, Frankfurt a.M.

Neuberger, Doris: Finanzstruktur, Wettbewerb und Kapitalakkumulation. Campus, Frankfurt/New York 1989. 261 S. DM 58,-.

Die am Volkswirtschaftlichen Institut der Universität Erlangen-Nürnberg entstandene Dissertation von Doris Neuberger stellt unter finanzierungstheoretischen ebenso wie unter finanzmarktpolitischen Gesichtspunkten eine reizvolle und anregende Lektüre dar. Grund dafür sind zum einen die in der Arbeit behandelten quantitativen, z.T. spieltheoretischen Modelle zur Verknüpfung der Kapitalstruktur mit den Wett-

bewerbsbedingungen an den Gütermärkten dieser Unternehmen, die in dieser Form in der Finanzierungstheorie nur äußerst selten vorgenommen und diskutiert werden. Grund dafür sind zum anderen die wichtigen Implikationen der Modellanalysen für die Formulierung von Empfehlungen zur Finanzmarktentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.

Interdependenzen zwischen der Kapitalstruktur und den Gütermärkten der Unternehmen können nur dann untersucht werden, wenn einige oder alle Prämissen des Irrelevanztheorems von Modigliani und Miller, d.h. der Marktvollkommenheitsannahmen der neoklassischen Finanzierungstheorie, verletzt sind. Zur Herausarbeitung der Gütermarkteffekte, die aus einer bestimmten Kapitalstruktur der Unternehmen resultieren, sowie zur Analyse der Rückwirkungen dieser Effekte auf die Kapitalkosten und die Kapitalstrukturentscheidungen der Unternehmen bieten sich als bedeutsame Unvollkommenheitsannahmen die Existenz asymmetrischer Informationen zwischen den Eigentümern und Gläubigern des Unternehmens, der mögliche Anfall von Konkurs- oder Bankrottkosten und/oder die Berücksichtigung von Steuern an. In der Arbeit von Neuberger werden auch die möglichen Interdependenzen unter Beachtung aller drei Unvollkommenheitsannahmen diskutiert.

Im zweiten Kapitel der Arbeit über Finanzstruktur, Output und Wettbewerb behandelt die Verfasserin das symmetrische und das asymmetrische Oligopol (Existenz von überdurchschnittlich starken Wettbewerbern). Im dritten Kapitel über Finanzstruktur, Investitionen und Wettbewerb untersucht sie zusätzlich die aus der asymmetrischen Informationsverteilung resultierende Kreditrationierung der Gläubiger und Möglichkeiten zum Abbau dieser Kreditrationierung. Das vierte Kapitel gibt nach einem Hinweis auf den fast international gültigen Praxisbefund einer Finanzierungshierarchie (interne Finanzierung ist günstiger als externe Finanzierung und Fremdfinanzierung günstiger als Eigenfinanzierung) einen Überblick über unterschiedliche empirische Belege der Kreditrationierungshypothese, der kapitalstrukturabhängigen Investitionspolitik der Unternehmen und des Zusammenhangs zwischen Kapitalstruktur und Wettbewerb (Hypothese einer größen- und marktmachtabhängigen Verschuldungskapazität). Schließlich wird auf den Einfluß der Kreditinstitute auf die Kapitalakkumulation und den Wettbewerb der Unternehmen eingegangen.

Die Arbeit von Neuberger bietet eine Vielzahl modelltheoretisch fundierter Hypothesen zur Kapitalstruktur der Unternehmen. Diese werden durch eine Vielzahl von Aussagen und Empfehlungen zu den Finanzmarktbedingungen belegt und ergänzt. Ein typisches Beispiel für eine theoretisch motivierte These ist das Ergebnis, daß mit zunehmender Anzahl der Konkurrenten im Oligopol eine Abnahme des durchschnittlichen Verschuldungsgrades der Unternehmen zu erwarten sei. Ein typisches Beispiel für eine Hypothese zu den Finanzmarktbedingungen ist die Aussage, daß der Markt für „corporate control“ in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu den anglo-amerikanischen Finanzmärkten wegen andersartiger Finanzmarktstrukturen (Hausbankprinzip etc.) eine weniger bedeutsame Funktion erfüllt.

Natürlich sind die von Doris Neuberger in ihrer Arbeit stringent entwickelten Hypothesen nicht alle neu. Die Modellanalysen stützen sich beispielsweise ausgiebig auf die Arbeiten von Brander und Lewis (1985 und 1986), Green und Shoven (1983) oder Long und Malitz (1985). Darüber hinaus wird eine Fülle theoretisch, empirisch und finanzmarktpolitisch orientierter Literatur ausgewertet. In ihrer Darstellung findet Neuberger aber eine weitgehend einheitliche Sprache, nimmt wichtige Modellweiterentwicklungen vor und leitet mögliche Implikationen der Modellanalysen für die Finanzmarktpolitik ab. Für den betriebswirtschaftlich orientierten Finanzie-

rungstheoretiker wie für den Finanzmarktpolitiker stellt die Arbeit daher eine ebenso hypothesenreiche wie fundierte Lektüre dar, die unsere Kenntnisse der Funktionen und des Funktionierens der Finanzmärkte bereichert, weil sie die Interdependenzen zu den Gütermärkten zum Mittelpunkt ihrer Analysen macht.

B. Rudolph, Frankfurt a. M.

Gaertner, Wulf / Pattanaik, Prasanta K. (Eds.): Distributive Justice and Inequality. Springer-Verlag, Berlin / Heidelberg / New York / London / Paris / Tokyo 1988. 171 pp. Hard cover DM 120,-.

The book contains the reprint of a collection of papers which were presented at a conference on 'Distribution Justice and Inequality' held at the Institute for Advanced Study Berlin in 1986 and firstly published in the journal 'Social Choice and Welfare' (Vol. 5, Nos. 2 and 3, 1988). Distributive justice is looked at from very different angles because the topics of the papers which frequently contain new results range from concepts of equity, optimal population policies and axiomatic characterizations of inequality measures and poverty orderings to distributive implications of taxation rules and game-theoretic analyses.

P. Suppes argues that equality of income is not an appropriate ideal when considering distributive justice. There is as he states no single unifying idea of equity. Therefore income alone cannot be a sufficient criterion of equity. Instead Suppes takes a broadly Aristotelian viewpoint and emphasizes the need for a pluralistic concept of equity. He therefore proposes Lorenz curves for a variety of features of societies or social groups, such as education, health and housing. The example of the distribution of education is worked out in detail. Suppes argues that even within education detailed policies will realistically satisfy no simple set of equity principles because now and in the future there never will be convincing arguments to reduce dramatically the number of viable principles.

P. Dasgupta tries to use the analytical framework of social choice theory for exploring the ethical foundations of population policies. Same number choices which leave the number of lives the same have been treated fairly within welfare economics. But different number choices leading to a variation of the number of lives have only been examined by a few authors under the heading 'Optimal Population Policies' in modern welfare economics. Nevertheless they involve conceptual problems far more complicated because non-existence is not considered a state and the anonymity axiom on allocations of living standards is not readily defensible in different number choices. Dropping this axiom leaves one with an incoherence in the moral orderings of possible worlds. Dasgupta argues that we should not expect to find an overall ethical ordering of social states when the size of future generations is subject to choice because the moral basis for different number choices becomes generation-dependent.

P. Hammond extends dynamically consistent consequentialist social norms for decision trees in which the population is a variable consequence. The problem is to avoid the 'Repugnant Conclusion' of classical utilitarianism which states that it may be better to have many poor people whose lives are hardly worth living than fewer but more prosperous people. Under ethical liberalism and the assumption of ethical irrelevance of distant ancestors Hammond shows that classical utilitarianism can escape the repugnant conclusion when parenting rights are assumed. Even if it is good for many parents to have many children although they are rather poor, a large poor population is in spite no longer repugnant.

U. Ebert characterizes a very broad class of social welfare orderings for fixed and variable population size by a set of rather weak ordinal properties and then derives inequality orderings. He assumes only continuity of the underlying ordering but no cardinal properties. As a new axiom strict separability of social welfare orderings in rank-ordered subspaces of income vectors is proposed. This allows Ebert to provide joint characterizations of the most important inequality measures such as the Atkinson and Kolm-Pollak families, the S-Ginis and the generalized Ginis. Furthermore some new more general classes of indices which are generally not decomposable are presented.

W. Eichhorn examines a parametric class of inequality measures having the property that multiples of convex combinations of proportional and absolute changes in all incomes leave inequality unchanged. These intermediate concepts include as special cases both measures that leave inequality unchanged when all incomes are changed by the same proportion (concept of relative inequality) and measures that leave inequality unchanged when all incomes are changed by the same amount (concept of absolute inequality).

J. Foster and *A. Shorrocks* provide in the context of discrete distributions extensive examination of three poverty orderings based on the headcount ratio, the per-capita income gap and on a 'distribution sensitive' measure. The results characterize the three poverty orderings, expose their relationship to each other and establish a connection between these poverty orderings and general types of welfare functions that are not restricted to be additively separable in individual incomes. The poverty ordering based on the headcount ratio is shown to be equivalent to a welfare ordering based on symmetric and monotonic welfare functions. Similarly, the ordering induced by the per-capita income gap index corresponds to a welfare ordering generated by symmetric welfare functions exhibiting both monotony and equality preference. Finally, poverty orderings of the distribution sensitive index correspond to orderings on welfare functions which are symmetric, monotonic, equality preferring and transfer sensitive.

N. Kakwani investigates how welfare, income inequality and poverty change in the course of the economic development of a country. The analysis presented by Kakwani is based on S. Kuznets's model of sectoral dualism. Kuznets has formulated the hypothesis of an inverted U-shaped pattern of income inequality during the process of economic growth and development. Kakwani's paper provides rigorous and general conditions under which the modern sector enlargement and enrichment will lead to higher social welfare and lower income inequality and poverty. One of his results states that inequality in a developing country may increase monotonically with development; this means that Kuznets's inverted U-shaped curve may not exist or even if it exists, the turning point may lie at a late stage of development. Using data from Sri Lanka numerical results show that most of the inequality measures obey to the Kuznets hypothesis. However, the turning points depend on the measure used, and more interestingly, change systematically with respect to the degree of inequality aversion – the greater the degree of inequality aversion, the smaller the turning point. This implies that in the course of economic development poverty may start declining earlier than the income inequality.

W. Buchholz, *W. Richter* and *J. Schwaiger* show that holding sacrifice theory for an inappropriate approach to the design and justification of distributive action by the state is too negative a view. They show that equal absolute and equal proportional sacrifice rules lead to conclusive results if one accepts income after a poll tax, instead of income before tax, as the basis of distributional comparisons. Assuming constant aggregate revenue equal proportional sacrifice leads to more equally distributed

income than equal absolute sacrifice which in turn implies more equally distributed income than a poll tax, irrespective of the underlying utility function.

P. Moyes formulates necessary and sufficient conditions for tax schemes which have the property that, whatever the pre-tax income distribution is like, the resulting post-tax distribution is less unequally distributed than the pre-tax one as measured by an index of absolute inequality. Such taxation schemes are both incentive preserving and minimally progressive. Moyes's result complements a similar result for the case of reducing relative income differentials by average progressive taxation. Both results may serve as an ethical foundation of average and minimally progressive taxation.

A. Pfingsten shows that a rather general equivalence exists between tax progressivity and inequality reduction if both terms are defined appropriately. He analyses a parametric class of intermediate inequality concepts treated in the paper of Eichhorn which has already been mentioned. There the concepts of absolute and relative inequality appear as special cases. For each member of the class necessary and sufficient conditions for inequality reducing taxation are derived. Pfingsten shows that for a quite general equivalence of inequality reduction and tax progression only three very weak conditions are needed: each tax liability is less than the corresponding pre-tax income, taxation does not reverse ranks on the income scale, and inequality is reduced if a rich person gives a poor person as much as that they do not interchange their ranks. Pfingsten's theorem, of course, includes Moyes's result as a special case.

T. Lensberg and *W. Thomson* look at the bargaining problem with a variable number of agents and propose a new axiomatic characterization of the Nash solution that does not involve any optimality axiom. Lensberg has recently given a new characterization of the Nash solution which does not rely on the controversial axiom of independence of irrelevant alternatives but only on Pareto-optimality, symmetry, scale invariance, and multilateral stability. Lensberg and Thomson investigate the role played by the Pareto-optimality and the stability axiom in Lensberg's alternative characterization of the Nash solution. They show that the only possible additional solution when abandoning the Pareto axiom is the disagreement solution which selects the origin as solution outcome of all problems.

K. Pohmer, Saarbrücken

Merk, Gerhard / Schambek, Herbert / Schmitz, Wolfgang (Hrsg.): Die soziale Funktion des Marktes. Beiträge zum ordnungspolitischen Lernprozeß. (Festschrift für Alfred Klose zum 60. Geburtstag). Duncker & Humblot, Berlin 1988. XIV, 265 S. DM 148,-.

Ist der Markt als solcher schon sozial oder muß er bewußt sozial gestaltet werden? Moralische Betroffenheit und nüchterne wissenschaftliche Analyse scheinen auf diese Frage unterschiedliche Antworten zu geben. Der wettbewerblich ausgerichtete Markt wird von den einen wegen der fehlenden Kälte gegenüber sozialen Problemen abgelehnt, während ihn die anderen wegen der sozialen Errungenschaften verteidigen und die Kritik als unnüchtern und unsachlich zurückweisen. Gerade kirchliche Gruppen „verteufeln“ den marktlichen Wettbewerb wegen seiner unethischen Prämissen und seiner unsozialen Folgen. Ein Dialog kommt meist kaum zustande und wirkt wie ein Streitgespräch zweier Tauber.

Notwendig ist jedoch eine Symbiose, ein gemeinsames Ringen derer, die „guten Willens“ und derer, die (nur) „guten Wissens“ sind. Gerade die gegenwärtigen wirt-

schaftspolitischen Herausforderungen benötigen Engagement *und* Sachwissen. Das Versagen des geschichtlichen Experiments der kommunistischen Staatshandelsländer und die durch falsche wirtschaftspolitische Vorstellungen zunehmende Verarmung der Entwicklungsländer haben zu einer Renaissance marktlichen Denkens und einer marktwirtschaftlich orientierten Ordnungspolitik geführt. Alfred Klose, dem dieser Band zu seinem 60. Geburtstag von seinen Freunden gewidmet wurde, betonte stets die Notwendigkeit einer schlüssigen Ordnungspolitik. Die Beiträge dieses Buches greifen also ein wichtiges gesellschaftliches Thema auf: die Bedeutung der Ordnungstheorie als ein soziale Konflikte lösender Problemmechanismus für wirtschaftliches Miteinander. Dieser Band enthält 20 Arbeiten verschiedener Länge und unterschiedlichen Tiefgangs, die wiederum in drei Abschnitte geordnet sind.

Der erste Teil beschäftigt sich mit dem Thema „Effizientes Wirtschaften – ein ethisches Postulat“. Den Reigen eröffnet *Wolfgang Schmitz* mit seinem Beitrag „Die soziale Funktion des Wettbewerbs. Ausgangspunkt jeder menschengerechten Wirtschaftsordnung“. Er versucht eine Symbiose sozialetischen Denkens und ökonomischer Analyse, bei der er auf Gedanken des Sozialethikers Messner zurückgreift. Die Sozialfunktionen des Marktes werden betont – ökonomisch Vernünftiges muß auch ethisch richtig sein! Der Praktiker (ehemaliger Finanzminister und Zentralbankpräsident Österreichs) argumentiert praktisch und theoretisch sehr engagiert. Die unterschiedlichen Positionen der Soziallehre werden dargestellt und die Soziale Marktwirtschaft gerade wegen der sozialen Funktion auch ethisch verteidigt.

Herder-Dorneich präsentiert einen Exkurs über die Wettbewerbslehre der Antike, *Socher* beschäftigt sich mit der Wirtschaftsordnungspolitik in der Politikberatung und *Supper* gibt einen Überblick über die Bedeutung des Wettbewerbs in den nationalökonomischen Theorien, während *Korinek* juristische Aspekte der Ordnungspolitik im Rahmen der Staatsverfassung Österreichs analysiert. *Beutters* Beitrag zur Ordnung des Geldwesens beschließt den ersten Teil.

Der zweite Teil enthält Arbeiten zum Thema „Der Markt als konkurrierender Problemlösungsmechanismus“. Die „Soziale Marktwirtschaft als Antwort auf das Problem der Grenz-moral“ wird von *Horst Friedrich Wünsche* behandelt. Verordnungen haben im Kampf mit der Grenz-moral keine Chance. Die Alternative wird in der Sozialen Marktwirtschaft gesehen, in der individualistisch-freiheitlichen Lebensform. Ebenfalls wird auf individuelle Aspekte der Solidarität eingegangen und die Notwendigkeit des ordnungspolitischen Umfeldes für die Marktwirtschaft betont. Um der Grenz-moral-Problematik begegnen zu können, benötigt man eine Rekonstruktion der Erhardschen Sozialen Marktwirtschaft. Marktwirtschaftliche Modelle und soziale Überzeugungen können die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht überzeugen, wenn eine ordnungspolitische Konzeption fehlt, die das Soziale und die Marktwirtschaft verbindet.

Reithofer behandelt die Sozialpartnerschaft als Ordnungselement. Überraschenderweise wird die Wettbewerbswirtschaft aus der Sichtweise der Moralisten als konfliktorientiertes System gekennzeichnet, da es nur die Effizienz betone. Das hinter dem Konzept stehende Menschenbild wird kritisiert. Nach Erreichung eines höheren Niveaus der Effizienz, so hofft Reithofer, wird sich Österreich wieder anderen gesellschaftlichen Werten zuwenden, auch der Verwirklichung außerökonomischer Entfaltungsmöglichkeiten. *Farnleitner* diskutiert den Wettbewerb als Schiedsrichter und den Markt als Instrument des Interessenausgleichs. Die Anwendung auf die Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik wird von *Langer* durchgeführt. *Lehenhofer* untersucht die Bedeutung der Ordnungspolitik für den Umweltschutz, und *Butschek* erörtert die Verbindungen zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft. Bezüge zur

Entwicklungspolitik werden von *Weiler* hergestellt, der behauptet, daß die soziale Ordnung des Weltmarktes im Dienste der Entwicklung der Völker die Solidarität als Fundament habe. Menschliche Wertordnungen müßten Ökonomik und Ethik verbinden und der internationalen Wirtschaftskooperation zugrundegelegt werden. Entwicklungspolitik müsse zielkonform mit Welthandelspolitik sein. Die Gerechtigkeit durch Überwindung der Armut wird nicht als Verteilungsfrage, sondern als Frage des Willens zum Teilen bei den bessergestellten Völkern und zum Wandel struktureller Voraussetzungen dargestellt. Überraschenderweise wird auf die fehlenden ordnungspolitischen Voraussetzungen eines eigenen Wachstums in den Entwicklungsländern nicht eingegangen. Geistig-sittlich sollen die Anstrengungen sein. Entwicklungspolitik sei Eigentumspolitik und Entwicklungshilfe eine solidarische Pflicht, eine Rechtsfrage im Zusammenhang mit dem Weltgemeinwohl. Hier wird der ordnungspolitische Bezug völlig vernachlässigt.

Schneider untersucht die Bedeutung der Ordnungspolitik im Rahmen der europäischen Integration. Ziel der ordnungspolitischen Aufgabe der Europapolitik ist die Überwindung ungeordneter Interdependenz zugunsten der geordneten wirtschaftlichen Interdependenz der Staaten. Integration heißt Abbau von Dirigismus und Harmonisierung der Interventionssysteme. Es wird herausgearbeitet, daß die EG einen marktlich geprägten Konsens aufweist. Einige Fehlentwicklungen (Agrarpolitik, Verkehrspolitik) werden analysiert. Die EG kann zu einer Stabilisierung ordnungspolitischer Prinzipien in Westeuropa beitragen. Gefordert wird eine Politik, die eine klare Funktionsteilung zwischen den Aufgaben des Preissystems und des interpersonellen Finanzausgleichs zur Folge hat. Andernfalls wird das Umverteilungssystem unüberschaubar. Abschließend wird die europäische Zentralbank als ordnungspolitische Gretchenfrage abgehandelt. Zu Recht wird darauf hingewiesen, daß eine stärkere Sensibilisierung des Bewußtseins für ordnungspolitische Dimensionen geweckt werden muß.

Der letzte Teil beschäftigt sich mit „anthropologischen Grundlagen“. Das Problem der Ethik in einer säkularisierten Welt greift *Schmölz* auf, der fragt, ob ein Werteabbau oder ein Werteumbau in unseren westlichen Gesellschaften zu beobachten ist. *Zsifkovits* untersucht das Menschenbild in der christlichen Schöpfungs-, Erbsünden- und Erlösungslehre, das human und realistisch sei. „Wenn Gott nicht ist, dann ist alles erlaubt!“ Die Sündigkeit des Menschen spricht für eine marktlich geprägte Ordnung, die wiederum wegen der Sündhaftigkeit Tendenzen zur gefährlichen Machtkonzentration aufweist. Nach dem christlichen Menschenbild darf der Mensch ein wohlverstandenes Eigeninteresse verfolgen. Das christliche Menschenbild widerspricht also nicht der marktlichen Ordnung, spricht sich aber gegen eine Entartung zur Gier aus. Leider wird die Konsequenz bei der Behandlung päpstlicher Enzykliken von ihm nicht streng durchgehalten, wenn bspw. darauf hingewiesen wird, daß soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe die wirtschaftliche Macht in strenge und weise Zucht nehmen muß.

Rudolf Messner behandelt das Problem des Wettbewerbs in der Schule zwischen sozialer Leistung und individueller Sinnfindung. *Kondziela* diskutiert den Menschen als Subjekt in ökonomischen und politischen Entscheidungen, wobei er die Bedeutung der Partnerschaft unterstreicht. Über den Sinn der Arbeit läßt sich philosophisch-theologisch *Tischner* aus. Arbeit, die durch Grundbedürfnisse erzwungen (Marx), als Trost für die Leiden der Welt (Max Scheler) und als Gegenstand freier Entscheidung (Johannes Paul II.) und der Anerkennung (Hegel) sowie der Beheimatung wegen (Rosenzweig), wird abgehandelt, wobei die Überwindung der Sinnkrise darin gesehen wird, den Menschen als Herrn über die Arbeit darzustellen.

Mit dem Grundsatzdenken in pluralistischen Gesellschaften setzt sich *Schambek* auseinander, der betont, daß Pluralität nur bei vorhandenen eigenen Positionen möglich ist. Dennoch benötigt ein Gemeinwesen ein Minimum an Ethik und Macht zur Durchsetzung von Autorität. Die Aufgabe des Christlichen besteht dabei in der Gesprächsbereitschaft mit den Partnern. Der Christ hat eine Chance, durch sein Grundsatzdenken der pluralistischen Gesellschaft neue Kraft und Wegweisung zu geben.

Der Band schließt mit einem Lebenslauf und einer Liste von Veröffentlichungen von Alfred Klose, mit einem Verzeichnis und kurzen Erläuterungen zu den Autoren und einem Sachwortverzeichnis.

Das gesteckte Ziel, die soziale Funktion des Marktes philosophisch, ethisch, theologisch und ökonomisch zu untersuchen, den Markt als ordnungspolitischen Lernprozeß zu begreifen, ist im Ansatz gelungen. Dieses Buch steht in der Tradition der Renaissance der Ordnungspolitik, die längere Zeit zu stark vernachlässigt wurde. Von daher ist diese Publikation zu begrüßen. Einige Beiträge haben ein hohes wissenschaftliches Niveau, andere sind eher didaktisch brauchbar oder wiederholen Aussagen ohne großen wissenschaftlichen Tiefgang. Da etliche Beiträge nur wenige Seiten umfassen, besticht dieses Buch durch die Breite seiner Beiträge. In einigen vermißt man allerdings eine tiefere Analyse. Dennoch eignet sich dieses Buch zur Weitergabe an solche Personen, die in dieser geschichtlichen Zeit durch ihre Position ordnungspolitische Weichen für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung stellen. Manche Beiträge könnten zwingender sein, eine stärkere Diskussion mit der Position der Moralisten wäre hilfreich gewesen. Das Inhaltsverzeichnis verhilft dem Leser mit wenig Zeit und kleiner Bibliothek zur Auffindung wichtiger Argumente in dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Von daher kann man den Herausgebern für dieses Werk danken. Es ist mehr als eine nette Geste für den Jubilar.

W. Lachmann, Mainz

MacDonald, Ronald / *Taylor*, Mark P. (Eds): *Exchange Rates and Open Economy Macroeconomics*. Basil Blackwell Ltd., Oxford 1989. XX, 371 S., £ 35.00.

Das Buch enthält dreizehn Aufsätze britischer Autoren zu Fragen der Wechselkurs-theorie und -empirie. Die Herausgeber beabsichtigen, mit den in der Publikation versammelten Beiträgen nach fünfzehn Jahren Erfahrungen mit flexiblen Wechselkursen eine Bestandsaufnahme über dieses Gebiet ökonomischer Forschung zu geben.

Die je ein Kapitel umfassenden Beiträge sind vier größeren Abschnitten „Stand des Wissens“, „Wechselkursmodellierung“, „Devisenmarkteffizienz“, „Makroökonomik offener Volkswirtschaften“ zugeordnet. Der erste Abschnitt besteht aus einem Überblicksaufsatz zum Stand der Wechselkurs-theorie und -empirie und führt insoweit in die Thematik des Buches ein. Abschnitt II umfaßt fünf Aufsätze, von denen drei theoretischer, zwei empirischer Natur sind. Erstere beschäftigen sich mit der Art des Risikos, dem die Geldanleger in offenen Volkswirtschaften ausgesetzt sind, der Einbeziehung von Bankaktiva und -passiva in die Vermögenspositionen der Nicht-Banken sowie der Lösung von Modellen rationaler Wechselkurserwartungen mit zwei oder mehr vorherbestimmten Variablen. Letztere überprüfen empirisch den Gehalt von zwei Wechselkurshypothesen, die sich aus den Modellen von Buiter-Miller und Currie-Hall ableiten lassen. In Abschnitt III sind drei Arbeiten versammelt, die die Hypothese effizienter Devisenmärkte überprüfen. Abschnitt IV schließlich behandelt in vier Beiträgen Fragen des Crowding Outs, der Abschottungskraft flexibler Wechsel-

kurse, der langfristigen Glaubwürdigkeit des EWS und der internationalen Politikkoordination.

Kapitel 1 „Economic Analysis of Foreign Exchange Markets: An Expository Survey“ (*MacDonald / Taylor*), das mit über hundert Seiten ein knappes Drittel des gesamten Buches umfaßt, beinhaltet eine lesenswerte Zusammenfassung der modernen Wechselkursatheorien und ihrer empirischen Evidenz. Die Verfasser unterscheiden das monetäre Flex-Preis-Modell, das Overshooting-Modell und das Portfolio-Modell. Alle drei Aufsätze betonen wichtige Aspekte des Wechselkurses, die in den traditionellen Mundell-Fleming-Arbeiten außer Acht geblieben waren: Das monetäre Flex-Preis-Modell interpretiert den Wechselkurs als relativen Preis zweier Gelder und lenkt so den Blick auf das Erfordernis des Bestandgleichgewichtes. Der Overshooting-Ansatz illustriert die Interaktion von nominalem und realem Wechselkurs bei verzögerter Preisanpassung. Der Portfolio-Ansatz schließlich thematisiert die Interaktion von Wechselkurs und Vermögensniveau und -struktur.

Die Autoren zeigen sodann, daß die bisher vorliegenden empirischen Arbeiten keine Stütze für diese auf „Fundamentals“ abstellenden Theorien liefern: Die Random-Walk-Hypothese liefert im Regelfall die beste Erklärung für die Wechselkursbewegungen. Dies deutet darauf hin, daß der Devisenmarkt ein effizienter Markt zu sein scheint. Der Befund zeigt jedoch, daß dies nicht der Fall ist. Da die traditionellen Tests effizienter Märkte das gleichzeitige Vorliegen von rationalen Erwartungen und Risikoneutralität der Devisenmarktteilnehmer unterstellen, bleibt unklar, worauf die Ineffizienz der Märkte zurückzuführen ist. Die Autoren weisen auf neuere Arbeiten hin, die, gestützt auf Befragungen von Devisenmarktteilnehmern über ihre Wechselkurserwartungen, zeigen, daß die Hypothese der Risikoneutralität Bestand hat, nicht aber die der rationalen Erwartungen. Die Erklärung für „Irrationalität“ wird in der Interaktion von zwei Gruppen von Devisenmarktteilnehmern gesehen: den an Fundamentals orientierten Händlern mit langfristigem Zeithorizont und den an Fundamentals uninteressierten Händlern mit kurzfristigem Zeithorizont. Zum gleichen Ergebnis kommt im übrigen eine Studie von Goodhart in *ECONOMICA* (1988).

Leider vermißt man in diesem Überblick jeglichen Hinweis auf intertemporale Aspekte der Wechselkursatheorie. Wenn der Wechselkurs nicht unabhängig von der Entwicklung der Leistungsbilanz ist, die Leistungsbilanz aber als Differenz von Sparen und Investieren eine inhärent intertemporale Variable ist, muß der Wechselkurs von solchen intertemporalen Erwägungen mitbestimmt sein.

Kapitel 2 „Exchange Rate Dynamics: An Empirical Analysis“ (*Barr*) enthält den Test einer Gleichung für den realen Pfund-Kurs (Terms of Trade) 1973 - 1982, die aus dem Buiter-Miller-Modell abgeleitet ist. Zum Ergebnis bemerkt der Autor: „The results are mixed as is usual in this area“.

In Kapitel 3 „A Stock-Flow Model of the Determination of the UK-Effective Exchange Rate“ (*Currie / Hall*) leiten die Verfasser eine Gleichung für den effektiven Pfund-Kurs ab, in der die gewünschten Nettokapitalexporte sowohl von der internationalen Zinsdifferenz als auch von deren Veränderung abhängig sind. Sie versuchen damit, den permanenten Flow-Effekt und den einmaligen Stock-Shift-Effekt zu erfassen. Die Ergebnisse zeigen zum einen, daß der Flow-Aspekt die Wechselkursentwicklung dominierend erklärt, zum anderen, daß höhere Leistungsbilanzdefizite auf Dauer mit höheren Inlandszinsen erkaufte werden müssen.

Kapitel 4 „Exchange Rate Determination, the Stock Market and Investment Finance“ (*Uctum / Wickens*) behandelt in einem makroökonomischen Modell die Rolle der Banken auf den nationalen und internationalen Kredit- und Kapitalmärkten.

ten. Das Modell enthält vier finanzielle Assets: Geld, Bankeinlagen, Bankkredite und Aktien. Die Verzinsung der Bankeinlagen im Inland entspricht der im Ausland unter Berücksichtigung der Wechselkursänderungserwartungen. Die übrigen Assets sind Nontradables. Investitionen werden aus einbehaltenen Gewinnen oder Bankkrediten finanziert. Mit dieser Asset-Struktur werden zwei Essentials des modernen Bankgeschäfts erfaßt: der internationale Zinsverbund der Bankeinlagen sowie die Bankfinanzierung der Unternehmensinvestitionen. Für das Firmenverhalten wird Maximierung des Barwertes der zukünftigen Erträge unterstellt.

Das Modell liefert einige merkwürdige Ergebnisse. So haben Geldmengenerhöhungen in der langen Frist zwar die üblichen Preis- und Wechselkurserhöhungen zur Folge, aber Kapitalstock und Produktion können sinken. Leider werden diese zuletzt genannten Ergebnisse von den Verfassern nicht explizite genannt, geschweige denn begründet.

In Kapitel 5 „Uncovered Interest Parity, Exchange Rate Risk and Exchange Rate Dynamics“ (*Muscatelli / Stevenson / Vines*) wird gezeigt, welche Bedeutung dem Risiko in der Formulierung der Asset-Nachfrage in offenen Volkswirtschaften zukommt. Wenn, wie üblich, drei Assets, nämlich Geld sowie in- und ausländische Zinstitel im Portfolio der Privaten gehalten werden, sehen diese sich zwei Risiken ausgesetzt: dem Wechselkursrisiko, weil in- und ausländische Assets gehalten werden, und dem Zinsrisiko, weil Zinstitel und Geld gehalten werden. Im allgemeinen Fall, d. h. bei Betrachtung beider Arten von Risiken, sind die Assetnachfragen so zu formulieren, daß alle Nachfragen vom Inlandszins und dem um die Wechselkursänderungserwartung modifizierten Auslandszins abhängen. Im speziellen Fall der Beschränkung auf das Wechselkursrisiko kann das Auslandszinselement als Determinante der Geldnachfrage entfallen. In diesem Fall geht der Investor in zwei Schritten vor: Im ersten Schritt wird die Portfoliostruktur zwischen In- und Auslandsassets optimiert, im zweiten Schritt erfolgt die Optimierung innerhalb der Inlandsassets. Im allgemeinen Fall ist diese Zweistufigkeit nicht möglich.

Eine Implikation der unterschiedlichen Risiko-Hypothese liegt darin, daß das Overshooting-Phänomen im Falle des zusätzlichen Zinsrisikos ausgeprägter ausfällt als im Fall des ausschließlichen Wechselkursrisikos.

Kapitel 6 „The Exchange Rate and the Current Account when Prices Evolve Sluggishly: A Simplification of the Dynamics and a Reconciliation with the Absorption Approach“ (*Pikoulakis*) beschäftigt sich mit der Schwierigkeit, Modelle offener Volkswirtschaften mit rationalen Erwartungen zu handhaben: Mit dem Wechselkurs als Sprungvariable bleibt als vorherbestimmte Variable entweder das Preisniveau (Dornbusch) oder die Nettoauslandsforderung (Branson). Die simultane Aufnahme beider vorherbestimmter Variablen schließt bereits die geometrische Darstellung mit Hilfe eines Phasendiagramms aus. Dies ist bedauerlich, weil die zu Hilfe genommenen Simulationsrechnungen bei weitem nicht soviel intuitives Verständnis der Zusammenhänge ermöglichen wie die geometrische Darstellung.

Der Verfasser zeigt einen Ausweg aus diesem Dilemma. Allerdings muß zu diesem Zweck erst der Wert der unstabilen Wurzel ausgerechnet werden, um mit seiner Hilfe die Anstiegsmaße der zwei Gleichgewichtskurven im Raum mit den beiden vorher bestimmten Variablen zu erhalten. Viel dürfte damit nicht gewonnen sein.

Die Kapitel 7 „On the Bivariate Analysis of Speculative Efficiency in Forward Markets“, Kapitel 8 „Exchange Rates and News: A Vector Autoregression Approach“, Kapitel 9 „Some Survey-based Tests of Uncovered Interest Parity“ haben ausschließlich empirischen Charakter und seien hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Kapitel 10 „Crowding-out and Pulling-in of Fiscal Policy under Fixed and Flexible Exchange Rates“ (*Hovel / Green*) repliziert mit Hilfe eines Lehrbuchmodells Lehrbuchergebnisse. Daß fiskalische Expansion über sinkende Importgüterpreise die reale Geldmenge erhöhen und so expansive Wirkungen über den monetären Sektor entfalten, ist mittlerweile bekannt. Hätte der Verfasser die Produktion nicht ausschließlich nachfrageseitig, sondern auch angebotsseitig determiniert, wäre das bei ihm mögliche Pulling-in bei Reallohnrigidität sogar zwingend geworden.

Im Kapitel 11 „Do Floating Exchange Rates Insulate?“ berichtet *Minford* über Simulationen mit zwei Modellen, einem neoklassischen (Taylor) und einem neoklassischen (Liverpool), zur Frage der Konjunkturtransmission bei festen und flexiblen Wechselkursen. Beide Modelle basieren auf dem Mundell-Fleming-Approach, den sie jedoch durch rationale Wechselkurserwartungen und wechselkursabhängige Inlandspreise modifizieren. Damit wird sowohl die reale zinsabhängige Geldnachfrage als auch das reale Geldangebot flexibel und schafft Raum für produktionsabhängige Veränderungen der Geldnachfrage. Trotz flexibler Wechselkurse werden dann Konjunkturtransmissionen möglich. Die Simulationen liefern folgende Ergebnisse: In beiden Modellen führt eine monetäre Expansion in Land 1 zu positiver Konjunkturtransmission, die jedoch erwartungsgemäß bei flexiblen Kursen deutlich schwächer ausfällt als bei festen Kursen. Ein fiskalischer Impuls in Land 1 wird in beiden Modellen bei flexiblen Wechselkursen schwach positiv übertragen, bei festen Wechselkursen faktisch nicht im Liverpool-Modell, negativ sogar im Taylor-Modell. Expansive Angebotschocks schließlich werden in beiden Modellen unter beiden Wechselkurssystemen positiv übertragen, weil sich auch hier, wie bei der Geldpolitik, die Währung des Partnerlandes bei flexiblen Wechselkursen aufwertet und so die reale Geldmenge erhöht. Insgesamt liefern die Simulationen das Ergebnis, daß im allgemeinen die Konjunkturtransmission positiv ist, wenngleich bei flexiblen Kursen und nachfrageseitigen Störungen die Transmission weniger intensiv ausfällt.

Das Problem, das man als Rezensent mit solchen Simulationen hat, liegt darin, daß das Modell dem Paper nicht zu entnehmen und zudem vermutlich sehr komplex ist, so daß wesentliche Interdependenzen unklar bleiben. So ist man im Kern darauf angewiesen, dem Autor zu glauben. Ich glaube ihm. Ich hätte ihm mehr geglaubt, wenn er sich bemüht hätte, seine Ergebnisse plausibel zu machen. So wäre es z. B. nötig gewesen, wenn man schon die Wirkungen von Wechselkursänderungen auf das reale Geldangebot betont, zu fragen, ob die von Wechselkursänderungen ausgehenden Wirkungen auf das Realeinkommen nicht über die Geldnachfrage die geldangebotsseitigen Effekte zunichte machen, was bei einer Einkommenselastizität der Geldnachfrage von eins der Fall sein kann. Oder, man hätte sich gewünscht, daß, wenn der Verfasser schon anhand eines Zwei-Länder-Modells argumentiert, er als Referenz Mundells Zwei-Länder-Modell benutzt, das bekanntlich keineswegs Konjunkturneutralität zeigt, statt des Ein-Land-Modells, aus dem die Abschottungsthese flexibler Kurse folgt. Und schließlich hätte es sich auch angeboten, daß der Verfasser seine Ergebnisse durch einen Vergleich mit anderen Arbeiten, wie sie etwa Helliwell im *Handbook of International Economics* (1984) zusammengestellt hat, in Perspektive rückt.

Im Kapitel 12 „Some Issues Concerning in the Long-run Credibility of the European Monetary System“ (*Artis / Taylor*) werden anhand der Daten zwei interessante Phänomene dokumentiert, die das EWS betreffen: Erstens hat seine Schaffung nichts dazu beigetragen, reale Wechselkurs-Misalignments zu verringern. Zweitens erweist sich die DM zwar als vollkommenes Substitut gegenüber der Nicht-EWS-Währung US-Dollar, aber nur als unvollständiges Substitut gegenüber den EWS-Währungen.

Im abschließenden Kapitel 13 „What are the Risks in Co-ordinating Economic Policies Internationally?“ (*Hallett*) versucht der Autor, die Chancen und Risiken der Koordination neu zu bestimmen. Er vergleicht anhand von sieben bekannten Modellen die Wohlfahrtswirkungen der Koordination zwischen den USA und dem Rest der OECD-Länder, wenn (a) alle Länder das gleiche Modell benutzen und dies das „wahre“ Modell ist, (b) alle Länder das gleiche Modell benutzen und dies nicht das „wahre“ Modell ist, (c) nicht alle Länder das gleiche Modell benutzen. Zwei Ergebnisse scheinen mir von besonderem Interesse: Erstens zeigt sich, daß im realistischen Fall der Unsicherheit über das „wahre“ Modell bei einer risikoscheuen Wirtschaftspolitik eine non-kooperative Lösung zwar nicht alle Gewinnchancen nutzt, aber dafür das Risiko hoher Kooperationsverluste vermeidet. Zweitens zeigt sich, daß die im Vergleich zu früheren Studien außerordentlich hohen abgeleiteten Kooperationsgewinne, 2 - 4 % zusätzliches Wachstum p. a. in USA, 3 - 6 % in den anderen OECD-Ländern auf der Basis traditioneller Modelle, 5 - 7 % gar auf der Basis von rationalen Erwartungsmodellen, auf der Einbeziehung des Wechselkurses in die Zielfunktion beruhen. Im Gegensatz zu den üblicherweise dort aufgeführten Variablen BSP-Wachstum und Inflationsrate ist der Wechselkurs ein „Share-Target“, d. h. eine Variable, deren Veränderungen gegenläufige Wohlfahrtseffekte in den einzelnen Ländern induziert. Kooperationsgewinne fallen dementsprechend groß aus. Der Autor hätte jedoch, angesichts der zentralen Bedeutung dieser Zielfunktion für seine Ergebnisse, die Problematik einer solchen Funktion mit drei stark interdependenten Variablen thematisieren müssen.

Leider haben es die Herausgeber versäumt, Korreferate zu vergeben. Dem Leser wäre eine Einordnung und Bewertung der Beiträge damit erleichtert worden.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die empirisch arbeitenden Ökonomen das Buch gewiß mit Gewinn lesen werden. Für den Theoretiker hält die Schrift jedoch nur wenig Neues parat, für den Wirtschaftspolitiker gilt dies a fortiori.

K. Sauernheimer, Essen

Kerber, Wolfgang: Evolutionäre Marktprozesse und Nachfragemacht. Nomos, Baden-Baden 1989. 624 S. DM 89,-.

Der sich in den 80er Jahren beschleunigende Konzentrationsprozeß im Handel und das damit verbundene Auftreten nachfragemächtiger Unternehmen haben zu einer umfangreichen wettbewerbstheoretischen, -politischen und -rechtlichen Diskussion über die Existenz, das Ausmaß und die kartellrechtliche Erfassung von Nachfragemacht geführt, die ihren vorläufigen Höhepunkt in der 5. GWB-Novelle gefunden hat. In die Reihe diesbezüglicher Veröffentlichungen¹ gehört die hier zu rezensierende, äußerst umfangreiche Arbeit von Wolfgang Kerber.

Ausgehend von der Feststellung, daß Nachfrager Praktiken wie Anzapfen nur dann durchsetzen können, wenn sie über Spielräume gegenüber ihren Lieferanten und Konkurrenten verfügen, stellt Kerber zwei Fragen:

– Worauf beruhen diese Spielräume?

¹ Vgl. die neueren Arbeiten von *O. Hermes* (1988), Die Erfassung von Nachfragemacht im Handel. Göttingen; *U. Kirschner* (1988), Die Erfassung der Nachfragemacht von Handelsunternehmen. Frankfurt am Main u. a.; *V. Potucek* (1987), Strukturelle Wandlungen im deutschen Lebensmitteleinzelhandel und ihre Auswirkungen auf den Wettbewerb. Berlin.

– Wie sind derartige Spielräume wettbewerbspolitisch zu bewerten?

Die Bewertung dieser Fragen erfolgt auf einer Theorie evolutionärer Marktprozesse (Kap. II und III). Abschließend erfolgt eine Kritik der bisherigen Wettbewerbspolitik gegenüber Nachfragemacht (Kap. V).

Normative Basis der Theorie evolutionärer Marktprozesse bilden die Ziele Wettbewerbsfreiheit und Konsumentenouveränität (S. 32 ff.). Wettbewerbspolitik und -recht werden als Instrumente zur Erreichung dieser Ziele angesehen. In dem Charakter des Wettbewerbs als offenem Prozeß und dem mangelnden Wissen der Wirtschaftssubjekte zeigen sich allerdings die Grenzen einer rationalen Wettbewerbspolitik. Wettbewerbstheoretisch ist der Verfasser den Vertretern des systemtheoretischen Ansatzes (Hoppmann, v. Hayek) zuzuordnen, aus deren Erkenntnissen, zusammen mit Elementen der sog. dynamischen Wettbewerbstheorie (Clark, Arndt, Heuß) und der Neoösterreichischen Schule (Kirzner, Lachmann), das Gerüst der evolutionären Marktprozeßtheorie geformt wird.

Die Marktprozeßtheorie besteht aus zwei Bausteinen, einem zeitpunktbezogenen, preistheoretischen und einem evolutionären, wettbewerbstheoretischen. In preistheoretischer Sicht wird ein spezifiziertes Modell eines heterogenen Oligopols bzw. Oligopsons entwickelt, das von unter Ungewißheit und beschränkter Information handelnden Wirtschaftssubjekten auf vor- und nachgelagerten Märkten ausgeht, zwischen denen eine Vielzahl von Interdependenzen bestehen. Nachfragerspielräume werden danach durch den Preisbereich determiniert, innerhalb dessen Nachfrager Preisvariationen durchführen können, ohne daß dadurch ein Ausweichen der Anbieter auf andere Nachfrager veranlaßt wird. Die Märkte stellen sich „als ein außerordentlich kompliziertes Gemenge von jeweils bilateral bestehenden Preisbereichen und deren Preisgrenzen bestimmenden Ausweichmöglichkeiten dar“ (S. 127).

Aus evolutionärer Sicht greift Kerber auf den bekannten Charakter des Wettbewerbs als eines Prozesses aus Vorstoß und Verfolgung zurück, der Spielräume ständig auf- und abbaut (S. 139 ff.). Neben Innovationen werden Spielräume bei evolutionärer Betrachtungsweise durch folgende Elemente erklärt:

- Irreversible Investitionen, die als sunk costs Spielräume der Anbieter einschränken können (S. 132 ff.);
- Fähigkeit, anderen Wirtschaftssubjekten Daten zu setzen (S. 145 ff.), wodurch der klassische Machtbegriff eingebracht wird;
- Umweltveränderungen in Form von Käufermärkten (S. 161 ff.), die aufgrund von Überangeboten Spielräume der Anbieter einengen.

Wesentlich für eine adäquate Analyse der Nachfragemacht ist die Berücksichtigung vor- und nachgelagerter Wirtschaftsstufen sowie deren Interdependenzen (S. 208 ff.) im Rahmen einer evolutionären Marktprozeßtheorie. „Bedingung für die Funktionsfähigkeit dieser evolutionären Marktprozesse über mehrere Wirtschaftsstufen ist vor allem die Existenz einer genügend großen Anzahl von Wirtschaftssubjekten auf jeder Wirtschaftsstufe, die unabhängig voneinander die innovativen Vorstöße der Wirtschaftssubjekte auf den jeweils vor- und nachgelagerten Stufen beurteilen, damit die evolutionäre Durchlässigkeit zwischen den Stufen groß genug ist, damit möglichst wenige evolutionär überlegene Innovationen von den vor- und nachgelagerten Stufen ‚abgeblockt‘ werden (Erkenntnisfunktion). Desweiteren müssen sich die Wirtschaftssubjekte als Anbieter und Nachfrager auch zeitpunktbezogen wettbewerblich verhalten (Innovations- und Verteilungsfunktion)“ (S. 249).

Die Ursachen für Nachfragerspielräume sieht Kerber zum einen in sog. Käufermarktsituationen, durch die ein Überangebot von Gütern und Leistungen beschrieben werden und zum anderen in Phänomenen auf der Nachfrageseite selbst.

Nachfragerspielräume entstehen zunächst durch Beschränkungen des Anbieterwettbewerbs. Gelingt es den Anbietern durch horizontale Koordination, Preiserhöhungen gegenüber Nachfragern durchzusetzen, sinken damit gleichzeitig die Möglichkeiten der Anbieter, die Preise zukünftig weiter zu erhöhen. Eine derartige kollektive Preispolitik führt dazu, daß die Anbieter den Forderungen nach niedrigeren Einkaufspreisen seitens der Nachfrager schwerer ausweichen können als vorher. Das auf Preissenkung ausgerichtete Verhalten der Nachfrager wirkt somit als Korrektiv zu der wettbewerbsgefährdenden Preispolitik der Anbieter (S. 320 f.).

Eine Erhöhung der Nachfragerspielräume stellt sich außerdem bei vorstoßendem Wettbewerb einzelner Anbieter dadurch ein, daß die Ausweichmöglichkeiten der verbleibenden, inaktiven Anbieter reduziert werden. Die Ausnutzung derartiger Nachfragerspielräume zwingt die konservativen Unternehmertypen entweder zu nachfolgendem Wettbewerb oder zum Ausscheiden aus dem Markt (S. 322 f.).

Nachfragerspielräume können schließlich durch Veränderungen der Struktur der Endnachfrage entstehen. Gelingt den Anbietern keine Reaktion auf derartige Strukturveränderungen durch Verbesserung ihrer Produkte, führt das dann entstehende Überangebot zu Nachfragerspielräumen, deren Ausnutzung eine Anpassung der Güterstruktur auf der Anbieterseite an die Struktur der Endnachfrage hervorruft (S. 323 f.).

In allen drei Fällen führen durch Käufermarktsituationen entstandene Nachfragerspielräume und der daraus resultierende Druck auf die Anbieter zu einer Korrektur nicht funktionsfähigen Anbieterwettbewerbs. In Auseinandersetzung mit den auf Käufermärkten abstellenden Nachfragewettbewerbs- und Nachfragemachttheorien (S. 325 ff.) betont Kerber die „wettbewerbspolitische Irrelevanz einer solchen ‚Nachfragemacht‘“ (S. 333) und die unbedingte Notwendigkeit einer analytischen Trennung des Nachfragemachtproblems von dem des Käufermarktes (S. 334).

Eine wichtige Ursache für die Entstehung von Nachfragerspielräumen sieht Kerber in der horizontalen Koordination von Nachfragern. Neben Kostenvorteilen durch Abnahme größerer Mengen und der Vergrößerung von Absatzanteilen ist das Absatzpotential eines Handelsunternehmens, das durch Betriebsform, Sortiment, Standort etc. determiniert wird sowie der Wunsch der Anbieter nach „Überallerhältlichkeit“ ihrer Produkte entscheidend für die Entstehung von Nachfragerspielräumen. Hier kann der Fall eintreten, daß Markenartikelhersteller auch Handelsunternehmen mit relativ kleinen Marktanteilen nicht ausweichen können (S. 351 ff.).

Daneben lassen sich Nachfragerspielräume aus „Heterogenitäten“ ableiten, die durch unterschiedliche Vertriebsformen entstehen, welche die Handelsunternehmen den Anbietern verschließen können (S. 362 ff.). Die temporäre Ausnutzung derartiger Spielräume ist wettbewerbspolitisch positiv zu beurteilen, da sie ein Anreiz für konkurrierende Handelsunternehmen darstellt und somit die Wettbewerbsintensität erhöht (S. 368). Bedenklich sind dagegen permanente Spielräume, die durch die Verfestigung der sog. Nadelöhrrposition des Handels zu einer Beeinträchtigung des Wettbewerbs führen. Kerber kritisiert in diesem Zusammenhang die mangelnde Differenzierung in temporäre und permanente Spielräume bei der Anwendung der Unverzichtbarkeitsthese des Bundeskartellamtes (S. 386 ff.), wengleich er die Schwierigkeiten, permanente Spielräume zu ermitteln, selbst einräumt (S. 380 ff.). Behinderungen wie Irreführungen, Täuschung, Boykotte, Liefer- und Bezugssperren, vertikale Bindungen können ebenfalls zu Nachfragerspielräumen führen. Eine wettbewerbspolitische Bewertung fällt Kerber aufgrund der Ambivalenz derartiger Verhaltensweisen nicht leicht (S. 392 ff.).

Durch Nachfrager veranlaßte Diskriminierungen von Anbietern, die Nachfragerspielräume entstehen lassen können, werden wie die bereits erwähnten Heterogenitäten wettbewerbspolitisch positiv bewertet, wenn sie temporärer Natur sind. Erst permanente Diskriminierungen sind wettbewerbspolitisch bedenklich (S. 412 ff.).

Als Fazit seiner Ausführungen stellt Kerber fest, daß die „generelle These von ‚der Nachfragemacht des Handels‘ gegenüber den Herstellern ... weitgehend als ein Schreckgespenst der Industrie angesehen werden muß, die ... unter einem enormen Preisdruck steht und um den Wert ihres ... Kapitals bangt“ (S. 446).

Die bisherige Rechtsprechung im Rahmen des § 1 UWG zur Funktionswidrigkeit von Anzapfstatbeständen, Nötigung und zu Verstößen gegen den Leistungswettbewerb lehnt Kerber ab, da er in ihr

- die Gefahr einer Erstarrung der Vertriebswege,
 - die Lahmlegung des Geheimwettbewerbs und damit
 - die Beeinträchtigung evolutionären Wettbewerbs
- sieht (S. 455 ff.).

Die Verhaltenskontrolle im Rahmen des GWB wird insofern kritisiert, als sie die wettbewerbstheoretisch notwendige Differenzierung in temporäre und permanente Nachfragerspielräume nicht vorzunehmen in der Lage ist.

Bei der Prüfung der Abhängigkeit i. S. des § 26 Abs. 2 GWB schlägt Kerber daher eine Einschränkung des Abhängigkeitstatbestandes auf solche Fälle vor, deren wettbewerbspolitische Schädlichkeit im Rahmen der Theorie evolutionärer Marktprozesse erwiesen ist. Abhängigkeiten, die durch Käufermärkte entstehen, sind als Tatbestandsmerkmal zu eliminieren (S. 502 ff.).

Für die Feststellung der Marktbeherrschung gemäß § 22 Abs. 1 GWB ist entscheidend, ob der oder die Nachfrager die gesamte nachgefragte Menge in einem relevanten Markt beeinflussen können oder permanent über bestimmte Absatzpotentiale verfügen. Spielräume aufgrund von Käufermärkten und temporäre Spielräume begründen indes keine Marktbeherrschung (S. 505 ff.). Die im Zuge der 5. GWB-Novelle zusätzlich in § 22 Abs. 1 GWB aufgenommenen Strukturkriterien der Umstellungsflexibilität und der Ausweichmöglichkeiten sind für Kerber empirisch irrelevant bzw. Ursache von Käufermärkten (S. 519).

Die Auslegung der Behinderungs- und Diskriminierungsverbote nach § 22 Abs. 4 und § 26 Abs. 2 GWB führen zu einer wesentlichen Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit evolutionärer Wettbewerbsprozesse, da diese Vorschriften nicht in der Lage sind, zwischen wettbewerbspolitisch erwünschten und problematischen Nachfragerspielräumen zu differenzieren (S. 537).

Lehnt Kerber einerseits eine weitere Verschärfung der Verhaltenskontrolle ab, tritt er andererseits für eine strengere Strukturkontrolle gemäß §§ 24 GWB und 1 GWB ein. Ursache dafür ist die Feststellung, daß permanente, wettbewerbspolitisch negativ zu beurteilende Spielräume durch Fusionen und Kartelle weitaus wahrscheinlicher sind.

Kaum ein wettbewerbspolitisches Thema ist in der Vergangenheit derart kontrovers diskutiert worden wie die Nachfragemacht des Handels. Das Meinungsspektrum reicht von der Aussage, auf den Beschaffungsmärkten des Handels herrsche reger Wettbewerb², hin zur Feststellung, die Handelskonzentration habe das wettbewerbsbeschränkende Potential im Handel erhöht³.

² Vgl. nur C. C. v. Weizsäcker (1987), Muß der Leistungswettbewerb geschützt werden? *Wirtschaft und Wettbewerb* 37, 706 ff.

Eine fundierte Auseinandersetzung mit diesen gegensätzlichen Auffassungen ist nur möglich, wenn die jeweilige wettbewerbstheoretische Basis offengelegt wird, was leider nicht allzu häufig geschieht. Es ist daher das Verdienst Kerbers, dem Leser mit der Darstellung einer Theorie evolutionärer Marktprozesse die normativen Grundlagen seiner Arbeit vorgestellt zu haben.

Im Gegensatz zum systemtheoretischen Ansatz Kerbers wird der Rezensent seine Kritik auf ein modifiziertes Konzept des funktionsfähigen Wettbewerbs basieren. „Das zentrale Problem der Wettbewerbspolitik besteht ... darin, Wettbewerbsbeschränkungen zu erfassen und zu beurteilen. Bei der Entscheidung darüber, ob bestimmte Verhaltensweisen die Wettbewerbsfreiheit unangemessen einschränken, ist immer ein Werturteil notwendig. Die durch das traditionelle Konzept des funktionsfähigen Wettbewerbs herausgearbeiteten Zusammenhänge zwischen Marktstruktur, Marktverhalten und Marktergebnis können dabei eine wertvolle Entscheidungshilfe liefern. Freilich läßt dieses analytische Instrumentarium nur Aussagen mit hohem Wahrheitsgrad zu, die im Einzelfall auf ihre Richtigkeit hin geprüft werden müssen.“⁴

Der der Theorie evolutionärer Marktprozesse immanente fehlende Bezug zu marktstrukturellen Kriterien als Voraussetzung für Wettbewerbsbeschränkungen führt m.E. zu einer Verharmlosung des Nachfragemachtproblems. Ansonsten unbedenkliche Verhaltensweisen von Handelsunternehmen auf Beschaffungsmärkten wie Anzapfen erhalten dann eine neue Qualität, wenn sie von nachfragemächtigen Unternehmen ausgehen. In einem ersten Schritt ist die Feststellung des Machtgrades anhand struktureller Kriterien vorzunehmen, zu denen die Marktanteile, die Marktzutrittsschranken, die konglomerate Macht von Handelsunternehmen gehört. In einem zweiten Schritt ist zu klären, ob die Ausübung von Nachfragemacht wettbewerbsbeschränkend ist, indem untersucht wird, ob die Handlungs- und Entschließungsfreiheit von Anbietern oder konkurrierenden Unternehmen unangemessen beeinträchtigt wird, ob bestimmte Praktiken einen Marktschließungseffekt für Anbieter bedeuten, inwieweit die Wettbewerbssituation konkurrierender Nachfrager beeinträchtigt wird und welche Auswirkungen auf den Absatzwettbewerb im Handel zu erwarten sind.

Mit diesem zweistufigen Instrumentarium sind auch Behinderungen und Diskriminierungen wettbewerbspolitisch adäquat zu beurteilen. Kerber analysiert Behinderungen und Diskriminierungen dagegen nur auf der zweiten Stufe, was ihn im Falle der Behinderungen ratlos macht und im Falle der Diskriminierungen, die für ihn wettbewerbspolitisch kaum bedenklich sind, zu verkürzenden Ergebnissen veranlaßt.

In gleicher Weise muß Kerbers Versuch kritisiert werden, die wettbewerbspolitische Beurteilung von Nachfragemacht an den Kriterien der temporären oder permanenten Wettbewerbsbeschränkungen auszurichten. Die Differenzierung mag theoretisch gelingen, praktisch ist diesem Vorgehen allerdings die Operationalität abzuspochen.

Die Vernachlässigung struktureller Effekte und das Abstellen auf temporäre bzw. permanente Wettbewerbsbeschränkungen ist auch bei der Beurteilung von Käufermärkten zu kritisieren. Kerber ist insofern zuzustimmen, als Käufermärkte kein alleiniges Kriterium zur Beurteilung von Nachfragemacht darstellen. Die generelle Bescheinigung der Unbedenklichkeit von aus Käufermärkten resultierenden Wettbe-

³ Vgl. I. Schmidt (1989), Hauptprobleme der 5. Kartellnovelle. Wirtschaftsdienst 69, 131ff., 131f.

⁴ U. Kirschner, a. a. O., 23.

werbsbeschränkungen ist dagegen abzulehnen. Zum einen ist keinesfalls gesichert, daß sich die beschriebenen Anpassungsprozesse überhaupt vollziehen. Gerade bei Beschränkungen des Nachfragewettbewerbs sind derartige Prozesse häufig gestört. Käufermärkte sind insofern nicht die Ursache von Nachfragemacht, die Schwelle, ab der von Nachfragemacht zu sprechen ist, ist aber zu erhöhen. Zum anderen ist eine Aussage über die Dauer der Anpassungsprozesse nicht möglich.

Die preistheoretischen Ausführungen des Verfassers führen als Bestandteil der Theorie evolutionärer Marktprozesse zu interessanten Erkenntnissen. Für die Beurteilung von Nachfragemacht sind preistheoretische Kriterien ohnehin mit Vorsicht zu genießen. Ein Nachfrageoligopol liegt nicht allein dann vor, wenn die beteiligten Unternehmen die gesamte nachgefragte Menge beeinflussen können (S. 337 ff.), sondern auch dann, wenn bestimmte strukturelle Voraussetzungen (Marktanteile, Marktschranken) gegeben sind.

Insgesamt gesehen stellt Kerbers Arbeit trotz aller Kritik des Rezensenten, die bewußt auf einer unterschiedlichen normativen Basis beruht, eine umfassende, die bisherige Diskussion nahezu ausschöpfende Würdigung des Nachfragemachtproblems dar.

U. Kirschner, Bietigheim-Bissingen

Casal, Christian: Die Problematik mittelfristiger Wechselkursschwankungen für international tätige Unternehmen. Verlag Rüegger, Grusch 1989. 476 S. Fr. 68,-.

Flexible Wechselkurse bergen für international tätige Unternehmen große Risiken in sich. Ihre Absicherung ist zu einem zentralen Problem der Unternehmensführung geworden. Mit seinem Buch, das an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften als Dissertation angenommen wurde, stellt Casal insbesondere die Frage der Umsetzung theoretischer Überlegungen in der Wirtschaftspraxis in den Vordergrund seiner Untersuchungen. Der Leser erhält in der sehr umfangreichen Arbeit nicht nur einen umfassenden Einblick in die betriebliche Problematik mittelfristiger Wechselkursschwankungen, sondern auch Anhaltspunkte, welche theoretischen Konzepte die Praxis übernehmen könnte und welche praktischen Verfahren der Weiterentwicklung der Theorie dienlich sein könnten.

Die Arbeit ist in fünf Kapitel unterteilt. Nach der Einleitung folgt mit dem Abschnitt B „Mittelfristiges Wechselkursrisiko“ der erste Hauptteil der Arbeit. Daran schließen sich die beiden anderen Hauptteile über Wechselkursprognosen bzw. Absicherungsinstrumente an. Die Ausführungen schließen mit einem thesenartigen Schlußwort.

Casals Analysen der praktischen Reaktionen auf mittelfristige Wechselkursschwankungen stützen sich auf Untersuchungen, die er in vier großen Schweizer Unternehmen vorgenommen hat: Mikron, Nestle, Sulzer und Swissair. Die Mikron Holding AG in Biel repräsentiert ein Unternehmen des Industriesektors und ist auf die Herstellung von Werkzeugen und Präzisionswerkzeugmaschinen spezialisiert. Sie produziert ihre Produkte hauptsächlich in der Schweiz und verkauft im Ausland. Die Nestle-Gruppe mit Sitz in Cham und Vevey umfaßt einen multinationalen Konzern mit über 370 Fabriken und ungefähr 150 Tochtergesellschaften. Die Markenprodukte werden in fünf Kontinenten vertrieben, die Herstellung findet in mehr als fünfzig Ländern statt. Der Konzern ist der größte der Schweiz und der bedeutendste Produzent von Nahrungs- und Genußmitteln der Welt. Ein Viertel des in Winterthur ansässigen Sulzer-Konzerns befindet sich in der Schweiz, ein Drittel im übrigen Europa

und die restlichen Gesellschaften verteilen sich auf die ganze Welt. Sulzer ist der weltweit führende Produzent von Webmaschinen. Swissair schließlich ist das größte schweizerische Luftverkehrsunternehmen; leistungsmäßig zählt sie international zu den mittelgroßen Luftverkehrsunternehmen, wirtschaftlich gehört sie hingegen zur Spitzengruppe. Swissair ist als Dienstleistungsunternehmen mit einem geographisch sehr großen Markt von bedeutendem Interesse für Casals Untersuchungen. Die Ausführungen von Casal bezüglich der Unternehmensspezifikationen sind knapp, enthalten aber alle für die weiteren Ausführungen wichtigen Merkmale.

Im zweiten Abschnitt der Arbeit definiert Casal den Begriff des mittelfristigen Wechselkursrisikos. Er unterscheidet das Umwechslungsrisiko (Transaction Risk), das Umrechnungsrisiko (Translation Risk) und das ökonomische Risiko (Economic Risk). Das Konzept des Transaction Risk bezieht sich dabei auf die aus allen Geschäftsvorgängen resultierenden Zahlungsströme, die in fremder Währung abgewickelt werden und zu einem bestimmten Zeitpunkt mit einem Austausch der fremden Währung einhergehen. Als Translation Risk wird die Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Bewertung von Bilanzposten in fremder Währung bezeichnet. Für das Economic Risk schließlich als „Maßstab des wahren Effektes einer Wechselkurschwankung“ ist in der Literatur keine einheitliche Definition vorhanden. Gibt es bei der Begriffsbildung und Messung von Transaction Risk und Translation Risk keine nennenswerten Differenzen zwischen der Theorie und den vier vorgestellten Unternehmen, so treten beim Economic Risk auch in der Praxis unterschiedliche Definitionen auf. In seinem letzten Unterpunkt versucht Casal insbesondere zu diesem Konzept eine Synthese aufzustellen.

Methoden zur Prognose von Wechselkursen werden im zweiten Hauptteil des Buches vorgestellt. Casal liefert einen ausführlichen Katalog von Verfahren zur Prognose des Wechselkurses. Er untergliedert dabei in Verfahren auf Basis der Effizienzhypothese, auf Basis von Zeitreihenanalysen, auf Basis von technischen Analysen und in fundamentalanalytische Modelle. Dieser Teil des Buches eignet sich gewiß sehr gut zum Nachschlagen. Bei den empirischen Überprüfungen greift der Autor ausnahmslos auf bereits existierende Untersuchungen zurück. Im praktischen Teil erfährt der Leser, daß die Unternehmen ein stark eingeschränktes Engagement in dem Bereich der mittelfristigen Wechselkursprognose aufweisen. Auch auf externe Berater wird im Prinzip nicht zurückgegriffen. Somit erklärt sich auch die Diskrepanz in der Darstellung zwischen dem theoretischen Teil mit ca. 160 Seiten und den Ausführungen zum praktischen Teil mit lediglich 16 Seiten.

Zielsetzung des dritten Hauptteils über mittelfristige Absicherungsinstrumente ist die Beschreibung eines möglicherweise optimalen unternehmerischen Verhaltens gegenüber festgestellten Wechselkursrisiken der mittleren Frist. Dazu werden die einzelnen Absicherungsinstrumente beschrieben, wobei zwischen internen, d. h. solchen, die von den beteiligten Unternehmen selbständig eingesetzt werden können, und externen, d. h. solchen, die die Inanspruchnahme Dritter erfordern, unterschieden wird. Unter den Begriff interne Absicherungsinstrumente fallen also insbesondere die Fakturierung in Inlandwährung, während Optionen, Swaps und Futures zu den externen gezählt werden. Die theoretischen Ausführungen schließen mit einer tabellarischen Zusammenfassung bzw. Gegenüberstellung der erläuterten Absicherungsmechanismen. Im folgenden wird wieder die Praxis der vier Unternehmen bezüglich des Absicherns der festgestellten Wechselkursrisiken beschrieben. Im Vordergrund stehen die Fragen, welches Entscheidungsverfahren eingesetzt wird, welche Instrumente zur Anwendung gelangen und welche Positionen nicht abgesichert werden. Bei der kritischen Würdigung der theoretischen Grundlagen anhand der praktischen Erfordernisse kann Casal keine grundlegenden Fehler feststellen. Er beschränkt sich

folgerichtig auf Präzisierungen und Bestätigungen allgemeiner Natur zu den Entscheidungsregeln der drei Typen des Wechselkursrisikos.

In seinem Schlußwort stellt Casal fünf Thesen bzw. zentrale Punkte seiner Arbeit heraus:

- Zur Verhinderung der resultierenden negativen Änderungen eines Unternehmensergebnisses können zwei Strategien gewählt werden. Einerseits eine frühzeitige Ausrichtung eines Unternehmens, die von vorneherein die Auswirkungen von Wechselkursschwankungen minimal zu halten verspricht, und andererseits eine hohe unternehmerische Flexibilität, damit nach Identifikation möglicher Auswirkungen noch genügend Zeit zum Einsatz von Absicherungsinstrumenten verbleibt. Dem Autor ist die dabei naheliegende Widersprüchlichkeit dieser beiden Strategien durchaus bewußt.
- Neben den Interdependenzen, die zwischen den makroökonomischen Risiken eines international tätigen Unternehmens vorliegen, unterscheidet Casal noch zwei weitere Arten von Abhängigkeiten. Die zweite Art geht auf die verschiedenartig vorgenommenen Unterteilungen ein, wie die Zerlegung des Komplexes der Währungsrisiken in Transaction, Translation und Economic Risk. An dritter Stelle wird auf die Wechselwirkung zwischen den finanz- und leistungswirtschaftlichen Risiken eines Unternehmens hingewiesen, welche nur teilweise beim Konzept des Economic Risk Berücksichtigung findet.
- Als dritten Punkt kritisiert Casal die verschiedenen unbewußten Handlungen der Praktiker im Bereich der Absicherung von mittelfristigen Währungsrisiken. Als Folge fehlen ausreichende Informationen zur nachträglichen Kontrolle eines verwendeten Prognose- oder Absicherungsverfahrens sowie zur Verbesserung und Weiterentwicklung bestehender Ansätze.
- Die mangelhafte Ausbildung von Mitarbeitern wird ebenso als wichtiger Problemfaktor hervorgehoben. Die Bestimmung der exakten Absicherungskosten bereitet einzelnen Unternehmen Schwierigkeiten, und ungenügende Kenntnisse im Bereich der Erstellung von mittelfristigen Wechselkursprognosen sind aufzufinden.
- Als fünfte Erkenntnis seiner Arbeit kritisiert Casal die zu starke buchhalterische Ausrichtung einzelner Verfahren im Bereich der Bestimmung und der Absicherung von Währungsrisiken, die sowohl in der Theorie als auch von den untersuchten Unternehmen selbst entwickelt werden.

Das Buch von Casal bietet eine umfassende Arbeit zur Problematik der mittelfristigen Wechselkursschwankungen für Unternehmen. Es liefert für Praktiker wie für den mehr theoretisch interessierten Leser interessante Analysen. Als Nachschlagewerk ist es gewiß zu empfehlen. Die vollständige Lektüre des Buches wird sich der Leser dagegen gründlich überlegen. Das liegt insbesondere an dem für Dissertationen zum Teil üblichen Aufbau. Die Gliederungspunkte sind meistens kurz gehalten, und durch das sehr häufige Aufführen von einleitenden Unterpunkten (die Arbeit enthält z. B. 37 Abschnitte mit der Überschrift „Allgemeines“) wird das flüssige Lesen sehr erschwert. Die empirischen Untersuchungen Casals sind natürlich mit lediglich vier Unternehmen als Datenbasis noch auf keine solide Grundlage gestellt. Jedoch erhält der Praktiker, dessen Unternehmen ähnliche Strukturen und Eigenschaften wie die hier aufgeführten besitzt, beachtenswerte Anregungen und Verbesserungsvorschläge.

K. Schäfer, Frankfurt am Main

van Dijk, Jouke et. al.: Migration and Labor Market Adjustment. Kluwer Academic Publishers, Dordrecht / Boston / London 1989. IX, 306 S. Dfl. 160,00 / US \$ 87,00.

Es passiert nur allzu oft, daß ein wissenschaftliches Fachbuch, das auf den ersten Blick interessant und gut gemacht zu sein scheint, bei genauerer Betrachtung enttäuscht. Vor allem editierte Konferenzbände präsentieren sich häufig als lose zusammenhängende Sammlung einiger interessanter Beiträge und vieler mittelmäßiger. Gerade in diesem Marktsegment ist hohe Qualität eher die Ausnahme als die Regel. Eine dieser Ausnahmen ist das von Jouke van Dijk, Hendrik Folmer, Henry W. Herzog Jr. und Alan M. Schlottmann herausgegebene Buch „Migration and Labor Market Adjustment“, das die Beiträge einer internationalen Konferenz im Oktober 1987 an der University of Tennessee in Knoxville veröffentlicht.

Der Band unterscheidet sich in vielfacher Hinsicht wohltuend von vergleichbaren. Dies beginnt beim ansprechend gestalteten Cover, reicht über den einheitlichen Satz und ein durchgehendes Layout bis zum wichtigsten, dem Inhalt. Das Buch enthält nicht nur einige Beiträge über Migration und einige über Arbeitsmarktanpassungsprozesse, sondern Aufsätze, die sich wirklich mit dem Thema befassen: der Rolle von Migration in der Anpassung regionaler Arbeitsmärkte. Obwohl dies eines der ältesten Themen der Regionalökonomie ist, zeigt die Lektüre des Buches deutlich, daß es noch lange nicht erschöpft ist. Gerade der Boom an Individualdatenanalysen der letzten Jahre hat mehr Forschungsfragen aufgeworfen als beantwortet.

Neben einem Einleitungskapitel der Herausgeber enthält der Band noch zwölf Artikel von Autoren aus (West-)Europa und den USA. Darunter finden sich so bekannte Namen wie Michael J. Greenwood, John Vanderkamp und jene der Herausgeber. Gegliedert werden die Artikel in fünf Teile, nämlich „Migration as a Reflection of Interregional Labor Market Adjustment“ (Beiträge von Michael J. Greenwood, James A. Chalmers, Philip E. Graves; Charles L. Leven), „Unemployment, Migration and Job Matching“ (Beiträge von Jouke van Dijk, Dendrik Folmer, Henry W. Herzog, Alan M. Schlottmann; Gordon Hughes, Barry McCormick), „Regional Labor Market Dynamics, Migration and Economic Efficiency“ (Beiträge von Mark Dickie, Shelby Gerking; John Vanderkamp; Gerard Evers), „Labor Market Mobility and Personal Status: A Human Investment Approach“ (Beiträge von Anders Björklund, Bertil Holmlund; Guillermina Jasso, Mark R. Rosenzweig; Michael Wagner) und „Conceptual and Methodological Issues“ (Beiträge von Paolo Caravani; Hubert Jayet). Inhaltlich beschäftigen sich die Beiträge mit den verschiedensten Teilaspekten des Zusammenhangs zwischen Migration und Arbeitsmarkt: mit den Einfluß der Wanderung auf Arbeitslosigkeit (Hughes, McCormick), Wiederbeschäftigung (van Dijk, et. al.) und Lohnhöhe (Björklund, Holmlund), mit den räumlichen Unterschieden im Mobilitätsverhalten (Wagner), dem Standortverhalten fremdsprachiger Einwanderer in die USA und seinem Zusammenhang mit dem Erwerb von Sprachkenntnissen (Jasso, Rosenzweig) u.s.w. Auch die verwendeten Methoden sind breit gestreut. Sie reichen von detaillierten Analysen der Wanderungsentscheidung und ihrer Einflußfaktoren auf der Basis von Individualdaten (etwa in den Beiträgen von Evers, Hughes, McCormick und van Dijk et. al.) über den Vergleich der Schätzung von Einkommensfunktionen auf unterschiedlichen Aggregationsniveaus (Dickie, Gerking) bis zu deskriptiven Darstellungen des räumlichen Umverteilungsprozesses und seiner – auch arbeitsmarktpolitischen – Einflußfaktoren.

Es ist gerade die breite Streuung der konkret untersuchten Fragen und der verwendeten Methoden einerseits und die Konzentration auf das Generalthema „Migration and Labor Market Adjustment“ andererseits, die das Buch so interessant macht. Die Spannung, die zwischen den verschiedenen Dimensionen entsteht, macht das Buch so

lesenswert und stimulierend. Dadurch, daß der eine Beitrag von Aspekten des Generalthemas abstrahiert – notwendigerweise abstrahieren muß –, die ein anderer in den Mittelpunkt rückt, entsteht ein größeres und genaueres Bild des Zusammenhangs zwischen Migration und Arbeitsmarktanpassung, als es die einzelnen Beiträge zeichnen können. Die Tatsache, daß einige der Autoren aus der amerikanischen, einige aus der europäischen Forschungs- und Politiktradition kommen, fügt ein zusätzliches Spannungselement hinzu. Im Beitrag von *van Dijk*, et. al. tritt dieses Element sehr deutlich zu Tage. Obwohl alle Beiträge in ihrem Bereich den „state of the art“ der empirischen Forschung repräsentieren, ergibt sich aus dem Spannungsverhältnis zwischen ihnen eine Fülle von Fragen. Die wichtigste lautet wohl: „Wie bestimmen sich die die Wanderungsentscheidung beeinflussenden Regionscharakteristika?“ Das grobe Maß eines „regionalen“ Lohnniveaus oder der „regionalen“ Arbeitslosigkeit paßt nur schlecht mit der Analyse der individuellen Entscheidungen zusammen. Die individuellen Einkommensmöglichkeiten und das individuelle Arbeitslosigkeitsrisiko haben wahrscheinlich nur wenig mit den regionalen Durchschnittswerten zu tun und hängen auch von unbeobachteten individuellen Charakteristika ab. Zum Teil kann das Individuum seine Chancen und Möglichkeiten auch durch die Wahl bestimmter Strategien (Marktbeobachtung, Suche) aktiv beeinflussen, was für die Analyse die Betrachtung eines Geflechts interdependenter Entscheidungen (meist zu verschiedenen Zeitpunkten getroffen) erfordert. Eine zweite wichtige Frage lautet etwa: „Wie sehr sind Arbeitsmarkt- und Migrationsentscheidungen von früheren (regionspezifischen?) Entscheidungen beeinflusst?“ Diese dynamischen Aspekte des regionalen Arbeitsangebots sind kaum erforscht und wenn, dann inhaltlich stark eingeschränkt.

Diese Fragen machen deutlich, wieviel Arbeit auf die Arbeitsmarkt- und Migrationsforschung noch wartet und wie interessant dieses Forschungsgebiet trotz seiner langen Tradition noch immer ist. Das Buch faßt den derzeitigen Stand des Forschungsgebiets zusammen und bietet zugleich Anstöße für seine weitere Entwicklung. Es sollte in keiner arbeitsmarkt- oder migrationsorientierten Bibliothek fehlen.

G. Maier, Wien

Hennerkes, Wilhelm A.: Zur Modernen Theorie der Wechselkurse. Eine theoretische und ökonomische Analyse. Peter Lang, Frankfurt am Main / Bern / New York 1986. 229 S. Br. sFr. 50,-.

Den Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung bildet ein Modell zur simultanen Bestimmung des Devisenkassa- und des Devisenterminkurses, das in der Tradition von *Spraos* und *Tsiang* steht und eigentlich nur insoweit über deren Ansatz hinausgeht, als *Hennerkes* insgesamt neun alternative Hypothesen zur Erklärung der Wechselkursenerwartungen der Devisenmarktspekulanten explizit spezifiziert. Aber auch diese Erwartungshypothesen sind dem mit der Materie schon etwas vertrauteren Leser zur Genüge bekannt, so daß eigentlich nur der ökonomische Teil des Buches ein besonderes Interesse für sich beanspruchen kann. Analysiert werden hier die Wechselkurse der D-Mark gegenüber dem US Dollar, wobei die Schätzperiode den Zeitraum von Januar 1975 bis Oktober 1982 umfaßt.

Unabhängig davon, wie die Kursenerwartungen der Spekulanten im Einzelfall modelliert sind, lassen sich die von *Hennerkes* verwendeten Regressionsgleichungen zur Erklärung des Kassa- (*e*) oder Terminkurses (*f*) im Prinzip auf die Beziehungen

$$(1) \quad e = a_0 + a_1 f + a_2 q$$

und

$$(2) \quad f = b_0 + b_1 e + b_2 q$$

reduzieren. Die Variable q steht in diesem Fall für den Quotienten $1 + i / 1 + i^*$, wobei i einen kurzfristigen Inlandszins und i^* einen kurzfristigen Auslandszins bezeichnet. Zu diesem „harten Kern“ treten als weitere Funktionsargumente zeitlich verzögerte (oder in Ausnahmefällen zeitlich vorausgehende) Werte von e , f und q , sowie zwei Variable, die den Einfluß offizieller Devisenkassamarkt-Interventionen und des langfristigen Kapitalverkehrs zu erfassen suchen. Die Koeffizienten dieser in (1) und (2) nicht explizit mit aufgeführten Regressoren sind jedoch sehr oft bzw. durchweg statistisch nicht signifikant.

Was die einzelnen Werte der geschätzten Koeffizienten anbetrifft, so gilt in der Regel $a_1 = b_1 = 1$, $-a_2 = a_0$, $b_2 = -b_0$ und überdies häufig auch $-a_2 = b_2$, wobei die Regressionskonstanten betragsmäßig in etwa mit den Mittelwerten von e bzw. f identisch sind. Tritt jedoch neben q als weiterer Regressor q_{-3} , dann stimmen der Koeffizient von q_{-3} und die Regressionskonstante zusammengenommen mit $-a_2$ bzw. $-b_2$ überein. Werden außerdem die Funktionsargumente f und e auch zeitlich vauseilend bzw. verzögert verwendet, dann summieren sich die betreffenden Regressionskonstanten zu Null oder (in Ausnahmefällen) zusammen mit a_1 respektive b_1 zu Eins.

Zieht man den Umstand in Erwägung, daß q immer nur geringfügig von Eins abweichen kann, so ergibt sich, daß e im wesentlichen durch f und f im wesentlichen durch e „erklärt“ wird. Nun ist aber schon seit langem bekannt, daß e und f hochgradig korreliert sind. Ihre weitgehend identische Entwicklung im Zeitablauf gehört mittlerweile zu den „empirical regularities in the behavior of exchange rates“ (Mussa). Als Beleg möge (für die Relation D-Mark – US Dollar und unter Zugrundelegung des von Hennerkes gewählten Stützzeitraums) die Regression

$$(3) \quad f = -0,06 + 1,02 e \quad R^2 = 0,986 \\ (1,98) (79,59) \quad DW = 1,99$$

dienen, die die Veränderungen von f nicht schlechter und zum Teil sogar noch erkennbar besser erklärt als diejenigen Schätzungen, die Hennerkes präsentiert.

Allerdings bietet Hennerkes insofern mehr als die simple Beziehung (3), als bei ihm auch a_2 und b_2 stets das erwartete Vorzeichen aufweisen und zudem beide Koeffizienten immer statistisch gesichert sind. Was hiermit erfaßt wird, ist der Einfluß der Zinsarbitrage und mithin die Zinsparitätentheorie von Keynes, die unter der Annahme vollständiger internationaler Kapitalmobilität und -substitutionalität (und unter Vernachlässigung etwaiger Transaktionskosten) postuliert, daß zu jeder Zeit $f = e q$ gilt. Diese Beziehung ist – bei Wahl der „richtigen“ Geldmarktsätze – in der Realität aber bekanntermaßen fast immer erfüllt, weshalb es auch nicht verwundern darf, daß selbst ihre lineare Approximation durch (2) oder (1) noch zu statistisch akzeptablen Ergebnissen führt. Jedoch beschert die von Hennerkes gewählte Funktionsform die „unangenehme“ Überraschung einer betragsmäßig jeweils relativ hohen Regressionskonstanten (siehe dazu weiter oben), deren Existenz zu erklären offensichtlich erhebliche Verlegenheiten bereitet (vgl. S. 194 f.).

Wenn Hennerkes für sich reklamiert, die von ihm so genannte entwickelte Wechselkursstheorie durch die empirischen Ergebnisse „verifiziert“ zu haben (S. 202), so scheint dieser Anspruch insgesamt etwas zu hoch gegriffen zu sein. Überdies bleibt zu bezweifeln, ob das von ihm vorgelegte empirische Material tatsächlich schon hinreicht, um aus der Vielzahl unterschiedlicher Erwartungshypothesen einige als „nicht realistisch“ (S. 196 ff.) auszusondern. Wer jedoch lieber seinem eigenen Eindruck ver-

trauen will, sollte darauf gefaßt sein, daß auf ihn 34 Seiten Computer-Output mit insgesamt 356 Regressionsgleichungen warten.

M. Neldner, Osnabrück

Renaud, Paul S. A.: Applied Political Economic Modelling. Springer-Verlag, Berlin u. a. 1989. 8 Abb., 22 Tab., XII, 246 S. Softcover. DM 62,-.

Gleich vorweggenommen, das vorliegende Werk wird seinem breit angelegten und v. a. im Rahmen der Reihe Studies in Contemporary Economics besonders anspruchsvoll erscheinenden Titel voll gerecht. Nicht nur wird der Stand des gegenwärtigen Wissens aufgearbeitet, sondern Renaud erbringt auch Pionierleistungen in der Weiterentwicklung des vielversprechenden Interest Function Approach. Die Präsentation und Evaluierung des State of the Art der Angewandten Politischen Ökonomie erfolgt in knapper, aber dennoch umfassender, sorgfältiger und recht intuitiver Weise. Bestehend ist durch das ganze Buch hindurch die klare, übersichtliche und sehr systematische Vorgangsweise, die dem Leser stets den roten Faden sowie den Bezug zur eingangs vorgestellten Gesamthematik vermittelt. Die Formulierung erfolgt in einem leicht faßlichen und sehr ansprechenden Englisch, doch wäre eine sorgfältigere Redigierung im Hinblick auf Druckfehler von Nutzen gewesen. Inhaltlich merkt man von Anfang an, daß der Autor ein profunder Kenner der Materie im gesamten Bereich politisch-ökonomischer Modelle ist und reiche Erfahrung im Arbeiten mit empirisch anwendbaren Modellen dieser Art besitzt. Was das Buch besonders reizvoll macht, ist mehrerlei: Erstens die umfassende thematische Fundierung durch äußerst informative Einleitungen (Teil I: Theories of Government Behaviour und Kapitel 7: Local Government Behaviour), die für sich genommen für Lehrzwecke bzw. als Einführung in die Angewandte Politische Ökonomie gut geeignet sind; zweitens die Auflistung der Prämissen der behandelten Modelle, um die Einschränkung ihrer legitimen Anwendbarkeit transparent zu machen; drittens die jeweils im Anschluß erfolgende und für kein Kapitel fehlende Diskussion bzw. Evaluierung der Modellierung(-problematik), der Anwendungsproblematik und der empirischen Ergebnisse; viertens die interessante Herstellung der Beziehungen zwischen diesem Buch und anderen Studien auf diesem Gebiet zusammen mit sehr sorgfältig selektierten Literaturhinweisen zu allen wichtigen Teilaspekten; fünftens das ehrliche, selbstkritische Aufzeigen der Achillesfersen und die sehr fundierte Rechtfertigung der eigenen Vorgangsweise im Licht der auftretenden Probleme und zur Verfügung stehenden Methoden sowie die Hinweise auf weiterführenden Forschungsbedarf.

Das Werk ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil wird ein Überblick über das gesamte Themengebiet gegeben, indem eine nützliche Systematisierung politisch-ökonomischer Modelle vorgenommen wird, in deren Rahmen die wichtigsten Modelltypen und ihre Erweiterungen aufgelistet und evaluiert werden: Hauptzweck, Kardinalprobleme, wesentliche Ergebnisse und Hauptkritikpunkte werden in sehr objektiver Weise kurz und prägnant dargestellt. Dabei werden kaum Mühen gescheut; so etwa wird das bekannte Frey-Schneider-Modell für die Niederlande adaptiert, indem das Mehrparteiensystem mit Hilfe eines multinominalen Logit-Modells erfaßt wird. Verblüffendes Ergebnis dabei ist, daß dieser Ansatz aus theoretischer wie empirischer Sicht nicht auf die Niederlande anwendbar ist. Hauptzweck dieses ersten Teils ist es, eine allgemeine, kohärente und empirisch anwendbare Theorie des Staatsverhaltens (d. h. der Politiker und Bürokraten als Träger der Wirtschaftspolitik i. w. S.) zu finden. Tatsächlich waren bislang politisch-ökonomische Modelle durch mangelnde Kohärenz und im Hinblick auf ihre Praxisrelevanz durch unbefriedigende empirische Ergebnisse gekennzeichnet. Renaud vermag es plausibel zu machen, daß der Ausbau

von van Windens Interest Function Approach die umfassendsten Erklärungs- und besten Anwendungsmöglichkeiten bieten dürfte. Denn es werden die verschiedensten organisierten und nicht organisierten Interessen berücksichtigt sowie die so typischen Interessenkonflikte und Kompromißbildungsprozesse erfaßt, wobei angesichts der vielschichtigen Einflüsse auf die Wirtschaftspolitik die einseitige Ausrichtung auf und Überbetonung von Wahlentscheidungen vermieden werden kann. Die Formalisierung und Spezifizierung dieses Erklärungsansatzes von Staatsverhalten wird vor dem Hintergrund der relevanten Literatur eingehend diskutiert. Als besonderer Mangel ist es in diesem Zusammenhang zu empfinden, daß die Inkorporierung von kooperativen und nicht-kooperativen Elementen der öffentlichen Entscheidungsfindung noch nicht gelungen ist und sich Renaud wie van Winden mit einer generalized Nash equilibrium solution bescheiden muß.

Im zweiten Teil wird ein Verhaltensmodell im Hinblick auf Staatsausgaben und Transfers auf der Basis des Interest Function Approach entwickelt, diskutiert und auf niederländische Nachkriegszeitreihen angewandt. Als Interessengruppen werden öffentlich Bedienstete (Politiker und Bürokraten), Privatbedienstete, Kapitaleigner (inkl. Selbständige) und Transferabhängige (Arbeitslose, Pensionisten, Sonstige) unterschieden. Ausgehend von gruppenspezifischen, log-linear spezifizierten Interessen-/Nutzen-Funktionen mit verfügbarem Einkommen einerseits und unterschiedlich präferierten (gewichteten) öffentlichen Gütern andererseits wird mit Hilfe einer „Überlappungsmatrix“ (transition matrix) abgebildet, daß eine soziale Gruppe auch die Interessen anderer Gruppen verfolgen kann (= Überlappung), wenn Mehrfachzugehörigkeiten entstehen (multiple Positionen) bzw. der Eintritt in die andere Gruppe erwartet wird (Mobilität). Mit all dieser Information wird eine sog. komplexe Interessenfunktion der Gesellschaft gebildet, wobei die relative Einflußstärke der sozialen Gruppen durch eine eigene Gewichtung modelliert wird. Der Vorteil dieses breiten Ansatzes besteht zweifellos darin, daß jeglichen Formen der politischen Einflußnahme Rechnung getragen werden kann. Als Politikvariable stehen allerdings bloß ein allgemeiner, linearer Einkommenssteuersatz, der Umfang der Ausgaben für öffentliche Güter und die einzelnen (Netto-)Transfers zur Verfügung. Die Budgetrestriktion besteht darin, daß das Defizit exogen vorgegeben ist. Im Ergebnis wird die Struktur der Staatsausgaben und Transfers voll durch die drei Gewichtungen (Präferenz-, Einfluß- und Überlappungsgewichtung) bestimmt. Allerdings widerspiegelt dies hauptsächlich die (problematische) log-lineare Spezifikation, die jedoch in der Diskussion (insbes. im Hinblick auf das Staatswachstum) sorgfältig argumentiert wird. Immerhin werden die gruppenspezifischen Präferenzen und Einflüsse auf die Allokation und Distribution erfaßt. Hingegen können Stabilisierungsbemühungen des Staates aufgrund der vorgegebenen Finanzkapazität keine Berücksichtigung finden. Ebenso wenig modelliert werden können dezentrale Entscheidungsstrukturen, nicht-kooperative Entscheidungselemente, unvollkommene Information, X-Effizienz sowie von (minus) eins abweichende Preis- und Einkommenselastizitäten. Dennoch dürfte dieser von Renaud weiterentwickelte Approach den konkurrierenden Ansätzen analytisch überlegen sein. Darauf deuten auch die empirischen Ergebnisse für die Niederlande mit Jahresdaten von 1952 bis 1986 hin, die ausführlichst mit profunder ökonomischer Fähigkeit und aller gebotenen Vorsicht präsentiert werden.

Im dritten Teil macht Renaud das Defizit an institutioneller Strukturierung durch eine auf dem gleichen Ansatz beruhende Querschnittsanalyse wett, die es erlaubt, Staatsverhalten unter föderalistischen Bedingungen (fiskalischen Föderalismus) zu modellieren. Renaud entwickelt ein allgemeines Verhaltensmodell eines multi-level government mit jeweils eigenen Politikern, Instrumenten und Budgetrestriktionen, das explizit die gegenseitigen fiskalischen Abhängigkeiten zwischen vertikal geglie-

derten Gebietskörperschaften erfaßt. Obwohl auf die niederländischen Verhältnisse abgestimmt, dürfte das Modell ausreichend generalisiert sein, um auch für andere Staaten – seien es dezentralisierte einheitsstaatliche oder bundesstaatliche Gebilde – angepaßt werden zu können. Renaud hat sich mit diesem Modell besonders verdient gemacht, weil die zahlreichen Anwendungen der traditionellen Ansätze auf untergeordnete Gebietskörperschaften deren Einbettung in die gesamtstaatliche Hierarchie nicht oder insofern zuwenig beachtet haben, als das Verhalten der Zentralregierung exogen angenommen wurde (v. a. das Problem der lokalen Fiskalillusion und insbes. des flypaper effect). Renauds Arbeit hebt sich u. a. auch dadurch ab, daß die Bürokraten der Zentralregierung in der Allokation der Finanzzuweisungen nicht völlig autonom sind; Verhaltensrestriktionen ergeben sich aus den Verhandlungen mit regionalen Repräsentanten und wiederum aus dem Druck der Interessengruppen. Der Autor unterscheidet zudem mehrere Arten von Finanzzuweisungen (nominell fixiert und nicht zweckgebunden, prozentual fixiert und zweckgebunden sowie nominell fixiert und zweckgebunden), eine ganze Reihe öffentlicher Güter und vier Entscheidungsebenen: a) Regierung und Parlament des Zentralstaates, b) zentrale Bürokratie (inkl. Ressortchefs), c) Politiker und Bürokraten auf Provinzebene sowie d) Politiker und Bürokraten auf Gemeindeebene. Das inhaltliche Interesse liegt auf den Beziehungen zwischen Zentralstaat und Gemeindeebene; die Provinzebene fungiert bloß als intermediär. Um die Handhabbarkeit dieses verstärkt generalisierten Modells zu erhalten, mußten natürlich Abstriche gemacht werden: außer einigen Einkommensausgleichsprogrammen sind keine Transfers berücksichtigt, und Überlappung der gruppenspezifischen Interessen (multiple Positionen und Mobilität) sind nicht mehr vorgesehen. Die immer noch sehr komplizierten Modellzusammenhänge werden sorgsam entwickelt und schematisch gut dargestellt. Der Autor bemerkt zurecht, daß eine eingehende Diskussion aller theoretischen Aspekte, Implikationen, Ergebnisse und möglichen Erweiterungen des Modells leicht ein gesondertes Buch ergeben könnten. Als Hauptkritikpunkte sind die Nichtberücksichtigung der staatlichen Produktionsfunktion, des voting with the feet, möglicher spill-overs und spill-ins sowie insbes. des Wettbewerbs und strategischen Verhaltens unter gleichgeordneten Gebietskörperschaften zu nennen. Angewandt wird dieses Modell auf Daten von 94 niederländischen Gemeinden aus 1982. Untersucht werden die Faktoren des in den fiskalischen Föderalismus eingebundenen Entscheidungsverhaltens auf Gemeindeebene, der Einfluß der Gemeinden auf die Zentralregierung und die Auswirkungen institutioneller Reformen auf das Entscheidungsverhalten der Gemeinden. Angesichts der Vielzahl an Informationen und Ergebnissen ist die abschließende Gesamtzusammenfassung und Evaluierung ein nicht wegzudenkender Bestandteil dieser Arbeit, der vom konzeptionellen Aufbau her die Stellung als eigener Buchteil verdient hätte und noch ausführlicher geraten hätte können.

Insgesamt beurteilt stellt dieses in jeder Hinsicht reichhaltige Werk sicherlich ein Standardwerk der modernen Angewandten Politischen Ökonomie dar, weil es das voluminöse Erbe kurz und nützlich aufarbeitet, einen neuen, vielversprechenden Weg in die Zukunft fortsetzt und – hauptsächlich aus der eigenen Kritik heraus – eine Fülle von Anregungen für weiterführende Forschungen bietet.

R. Bartel, Linz

Ragnitz, Joachim: Der internationale Zinszusammenhang (Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik 79). Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Köln 1989. IX, 384 S. DM 49,-.

Während der Trend zur Abschaffung von Handelshemmnissen auf den internationalen Gütermärkten von Ökonomen begrüßt wird, ist die Diskussion um die Optimalität eines freien Kapitalverkehrs noch nicht abgeschlossen. Die Interdependenz von zinsinduzierten internationalen Kapitalströmen und Wechselkursvolatilität hat einige prominente Autoren wie Tobin oder Dornbusch angesichts der realwirtschaftlichen Auswirkungen der Dollarkursentwicklung veranlaßt, sich gegenüber einem freien Kapitalverkehr skeptisch zu äußern. Joachim Ragnitz greift in der vorliegenden Dissertation diese Problematik auf und nimmt sich der wirtschaftspolitischen Implikationen des internationalen Zinszusammenhanges an.

Ragnitz beginnt seine Ausführungen mit einer empirischen Bestandsaufnahme der Integration der Weltkapitalmärkte. Als Indikator wählt er dabei den internationalen Zinszusammenhang zwischen den großen Industrieländern. Leider gehen seine methodischen Anmerkungen über die Ableitung von Arbitragegleichgewichtsbedingungen nur wenig hinaus. Dabei bleibt in seinem empirischen Teil beispielweise unklar, ob unter dem titelgebenden Begriff „Zinszusammenhang“ eine Zinsidentität oder nur eine parallele Entwicklung der Zinssätze in verschiedenen Ländern zu verstehen ist. Die Daten aus den Statistiken des IWF werden ohne größere Modifikation gegenübergestellt und lediglich Korrelationsanalysen vorgenommen. Zu bemängeln ist hier, daß Ragnitz seine Schätzansätze nicht präsentiert, dieses erschwert die Nachvollziehbarkeit seiner Berechnungen erheblich. Der empirische Teil dient Ragnitz dabei nur als problematisierende Einleitung in die Thematik; er verwendet diese empirischen Untersuchungen nicht als Belege für seine theoretische Aussagen. Da in der wissenschaftlichen Diskussion gerade im Bereich der Zinstheorie jedoch eine gewisse Diskrepanz zwischen den Ergebnissen theoretischer und empirischer Forschung besteht, wäre ein stärkerer Bezug auf empirische Relevanz durchaus wünschenswert gewesen.

Das vom Verfasser aufgearbeitete empirische Material scheint einen engen Zusammenhang der internationalen Finanzmärkte zu falsifizieren. Der Autor nimmt dieses zum Anlaß, Arbitragebeschränkungen anzuführen, die dennoch eine Existenz des internationalen Zinszusammenhanges begründen könnten. Er überträgt dabei die Determinanten der Zolltheorie auf die Analyse von Kapitalbewegungen, d.h. er untersucht die Wirkung von Transaktionskosten, Steuern und administrativen Beschränkungen, ehe er auf die kapitalverkehrsspezifische Wirkung von Risiken und Wechselkursserwartungen zu sprechen kommt. Er unternimmt eine sorgfältige und mit vielen Details angereicherte qualitative Analyse, verneint jedoch eine quantitative Bedeutung von Transaktionskosten, Besteuerung und Kapitalverkehrsbeschränkung aufgrund der bestehenden institutionellen Rahmenbedingungen. Zwar erscheint seine Argumentation durchaus plausibel, doch stützen sich seine quantitativen Aussagen hier weniger auf nachprüfbare, objektive, als vielmehr auf subjektive Einschätzungen. Dieses trifft beispielsweise auf die unterstellte geringe Risikoaversion der Akteure auf den Devisenmärkten zu, wie auch auf die Bedeutung von Informationskosten als ein von Ragnitz vernachlässigter Bestandteil der Transaktionskosten.

Als verbleibende Argumente für einen engen Zusammenhang der internationalen Kapitalmärkte werden Wechselkursrisiken und Wechselkursserwartungen näher untersucht. In diesem Rahmen betrachtet Ragnitz einige Finanzmarktmodelle zur Bestimmung des Wechselkurses; eine Passage, die als gelungen bezeichnet werden

kann, da die Modellaussagen und zugrundeliegenden Prämissen ausführlich und leicht verständlich präsentiert werden. Besonderes Gewicht legt Ragnitz dabei auf Anpassungsprozesse an Modellgleichgewichte, wobei er auf einige Unzulänglichkeiten der Modelle hinweist. Als eigene Position stellt Ragnitz ein Wechselkursmodell vor, das seinen Ursprung in der Transfertheorie hat und Veränderungen der Güterströme also implizit berücksichtigt. Insbesondere der gegenseitige Zusammenhang von Zins-, Wechselkursentwicklung und Kapitalströmen spielt bei seinen Überlegungen eine wichtige Rolle. Entscheidend für die Wechselkursentwicklung in diesem Modell sind die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte, ob eine durch Kapitalbewegungen ausgelöste Wechselkursveränderung dauerhaft oder einmalig ist, in diesem Rahmen werden einige Szenarien bei alternativen „Erwartungselastizitäten“ vorgestellt. Meines Erachtens macht es sich der Autor hier zu einfach: Er führt eine sich nicht an den Kaufkraftparitäten orientierende „rationale“ Erwartungsbildung alleine auf mangelnde Integration der Gütermärkte zurück und fordert eine Liberalisierung der Gütermärkte, um via Verstetigung der Wechselkurserwartungen einen internationalen Zinsausgleich zu fördern. Angesichts des geringen Umfangs handelsinduzierter Transaktionen auf den Devisenmärkten ist anzunehmen, daß bei der Erwartungsbildung Informations- und Aggregationsprobleme eine wichtigere Rolle einnehmen als Handelsbeschränkungen.

Es ist positiv anzumerken, daß Ragnitz im Rahmen seines Modelles realwirtschaftliche Anpassungsprozesse beschreiben kann; trotz des Modellcharakters ist es realitätsnah und geeignet für dynamische Analysen. Seine Ausführungen sind wegen (oder trotz) der rein verbalen Darstellung leicht verständlich, auch wenn sich mancher Leser an der fehlenden Formalisierung sicherlich stören wird.

Die Frage nach einer Optimalität des internationalen Kapitalverkehrs, wie sie vom Autor anschließend diskutiert wird, ist zwar wichtig, um wirtschaftspolitische Folgerungen abzuleiten; doch findet sich hier ein Widerspruch, wenn Ragnitz einerseits bei der Diskussion eines Realzinsausgleichs ein marginalanalytisches Optimum den Einfluß zinsrobuster Kapitalaufnahme des Staates vernachlässigt, andererseits in seinen empirischen Ausführungen zu Beginn der Arbeit die Verzinsung von Staatsschuldtiteln als Indikator für den internationalen Zinszusammenhang benutzt. Seine detaillierten Ausführungen zum Einfluß von Steuern auf Investitionsentscheidungen und somit auf den internationalen Realzinsausgleich als potentielles wohlfahrtsökonomisches Optimum wirken im Rahmen der Gesamtproblematik als Fremdkörper.

Anschließend problematisiert er die Vermutung einer verminderten Effizienz der nationalen Geldpolitik durch internationale Kapitalbewegungen. Als Referenz dient ihm dabei das Mundell-Flemming-Modell, sowie der zuvor entwickelte Transfer-Ansatz. Bei komparativ-statischer Betrachtung sind die Ergebnisse identisch, doch bietet Ragnitz' Ansatz einen überzeugenderen Anpassungsprozeß. Es wird deutlich, daß er der Idee einer diskretionären Fiskal- und Geldpolitik wenig abgewinnen kann, wodurch dieser Teil wie eine Generalkritik an keynesianischen Vorstellungen von Wirtschaftspolitik in einer offenen Volkswirtschaft wirkt.

Auf knapp 350 Textseiten stellt Ragnitz eine Reihe von Diskussionspunkten zum internationalen Kapitalverkehr zusammen. Seine in dieser Monographie abgeleitete zentrale verkehrspolitische Forderung ist es, für den Kapitalverkehr marktgerechte Rahmenbedingungen zu institutionalisieren und durch Liberalisierung der Gütermärkte zur Verstetigung der Wechselkurserwartungen beizutragen.

Ragnitz' Arbeit basiert ausschließlich auf dem mechanistischem Paradigma der neoklassischen Analyse; er unterstellt rational agierende Akteure und Stabilität der Märkte. Eine Berücksichtigung von Informationsproblemen, von zeitlichen Verzögerungen

rungen und der Anpassung auf sich zeitlich überlagernde exogene Schocks¹, kann zu einer realitätsnäheren Einschätzung der hier heftig kritisierten Vorschläge einer Beschränkung des internationalen Kapitalverkehrs führen.

Ragnitz wendet in seiner Monographie die Aussagen der Wechselkursstheorie, der Makroökonomik offener Volkswirtschaften, der Finanzwissenschaft, sowie der Investitions- und Finanzierungstheorie auf ein aktuelles und kontrovers diskutiertes wirtschaftspolitisches Problem an. Er bietet innerhalb seines theoretischen Rahmens einen Erklärungsansatz für die $\text{\$}$ -Kursentwicklung der jüngeren Vergangenheit. Inwieweit sein Analyseansatz zu allgemeingültigen Ergebnissen führt, bleibt nach der Lektüre dieser Monographie allerdings unklar. Die Stärke dieser Abhandlung liegt bei der Darstellung der oft versteckten Prämissen und der dynamischen Prozesse. Als Defizit ist anzuführen, daß Ragnitz nur wenig Bezug auf die empirische Absicherung seiner theoretischen Ergebnisse nimmt und den Lesern keinen Nachvollzug seiner Berechnungen erlaubt. Aufgrund der leichten Lesbarkeit und der Reduzierung der formalen Ansprüche auf ein Minimum ist dieses Buch auch, aber nicht nur, für fortgeschrittene Studenten und für Praktiker zu empfehlen. Ragnitz bietet mit diesem Buch einen gelungenen Einstieg in eine Problematik, die die makroökonomische Diskussion sicherlich noch länger beschäftigen wird.

M. Thiel, Frankfurt a. M.

Körner, H: Zur Analyse von Institutionen im Entwicklungsprozeß und in der internationalen Zusammenarbeit (Schriften des Vereins für Socialpolitik. Neue Folge Bd. 186). Duncker & Humblot, Berlin 1989. 234 S. DM 98,-.

Der Band enthält die Referate, die auf der Jahrestagung 1989 des Ausschusses „Entwicklungsländer“ der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik) in Bochum unter der o. g. Thematik vorgetragen wurden. Sie gliedern sich in vier Themenbereiche, wobei jeweils mit dem Hauptreferat begonnen wird, an das sich dann die Koreferate, z. T. auch ein Diskussionsbericht, anschließen.

Abschnitt A behandelt Fragen „Zur theoretischen Fundierung“. In seinem Beitrag „Erklärungsansätze der Neuen Politischen Ökonomie für entwicklungspolitische Entscheidungen“ zeigt R. Clapham, daß bei den bisherigen Ansätzen nur kasuistisch vorgegangen wird, begrenzt auf bestimmte Teilgebiete der Entwicklungspolitik. Der Verfasser zeigt dann methodische Schwächen der bisherigen Analysen des Regierungsverhaltens in demokratischen und autoritären Entwicklungsländern auf und skizziert, wie sich der Erklärungsansatz der Neuen Politischen Ökonomie um die „funktionalen Beziehungen zwischen Gesellschaftsordnung, Wissenschaftstheorie und Entwicklungspolitik“ erweitern lasse. Hierdurch wird der Tatsache Rechnung getragen, daß die spezifische politische Struktur eines Landes aufgrund der in ihr akzeptierten und angewandten methodologischen Konzepte zu einer spezifischen Auswahl von entwicklungspolitischen Zielen und Instrumenten führt. – M. Nitsch plädiert in seinem Koreferat „Vom Nutzen des institutionalistischen Ansatzes für die Entwicklungsökonomie“ für eine Kombination der von ihm sog. „alten“ politischen Ökonomie (vertreten etwa durch den nordamerikanischen Institutionalismus, die marxistische Regulierungsschule, die nordamerikanischen „radical economics“ und den eklektischen Institutionalismus von A. O. Hirschman) mit der Neuen Politischen Öko-

¹ Als Beispiel für einen nicht-linearen Ansatz siehe J. C. Vassilicos (1990): Are Financial Markets Chaotic? A Preliminary Study of the Foreign Exchange Market. LSE Financial Markets Group Discussion Paper 86. London.

nomie. Dabei weist er der ersteren die Aufgabe zu, die gesellschaftliche „Grobstruktur“ zu analysieren, während die Neue Politische Ökonomie Erkenntnisse über die „Detailstruktur“ des Institutionengefüges, seines Anreizsystems und seiner Dynamik beitragen könne.

Auf den Komplex „*Volkswirtschaftliche Beratung und Politikdialog*“ erstrecken sich die Beiträge in Abschnitt B. Zu diesem Thema behandelt *D. Weiß* „Die institutionelle Dimension“. Er untersucht die Entwicklung von Aufgaben, Rolle und Leistung der volkswirtschaftlichen Beratung im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und diskutiert die institutionellen und personellen Anforderungen, die sich heute ergeben, insbesondere im Rahmen des Politikdialogs. Die volkswirtschaftliche Politikberatung müsse, um effizienter zu werden, über ihre herkömmliche, begrenzte Rolle (technische Beratung, Übertragung von Planungs-Knowhow, Unterstützung bei der Programmimplementierung) erheblich hinauswachsen. – *M. Feldsieper* unterstreicht vor dem Hintergrund eigener Beratungstätigkeit die Weiß'sche These von der ungenügenden Effizienz der entwicklungspolitischen Beratung durch bundesdeutsche Institutionen. Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit erscheinen verschiedene, im einzelnen vorgeschlagene Reformen der politisch-administrativen Konstruktion als dringend erforderlich. – Die Vielzahl der – gerade institutionell bedingten – Probleme, mit denen volkswirtschaftliche Berater in Entwicklungsländern konfrontiert sind, stellt *M. Bohnet* dar, der besonders die geringe Akzeptanz der Berater bei den einheimischen Experten, eine ungenügende Koordinierung von Entwicklungsplanung und Finanzplanung und unzureichendes Verständnis in politischen Institutionen des Geberlandes für die sozio-kulturellen Hemmfaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung hervorhebt. Der Autor formuliert institutionelle Konsequenzen für die Steuerung der deutschen volkswirtschaftlichen Berater. – *S. Kinnemann* weist darauf hin, dem von Weiß dargelegten Konzept der Politikberatung und Politikdialog fehle meist der Charakter des Dialogs. Der Begriff „Politikdialog“ solle im Sinne einer Symmetrie definiert werden, bei der die Entwicklungsländer mitzubestimmen hätten, auch über Politikanpassungen in den Geberländern. Vor diesem Hintergrund beschreibt und diskutiert der Autor die Aktivitäten der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Bereich Politikberatung/Politikdialog, wobei besonders das Instrument der Strukturhilfe kritisch reflektiert wird.

Abschnitt C ist der „*Rolle des Staates im Entwicklungsprozess*“ gewidmet. Im Mittelpunkt des Beitrages von *H. Elsenhans*, „Zur Theorie und Praxis bürokratischer Entwicklungsgesellschaften“, steht sein Konzept der „Staatsklasse“, die zur unproduktiven Verwendung der von ihr angeeigneten Ressourcen neige und damit den wirtschaftlichen Fortschritt hemme. Die bürokratischen Institutionen fungieren dabei einerseits als Vehikel der Aneignung und stellen andererseits den Rahmen dar, innerhalb dessen die verschiedenen Segmente der Staatsklasse um Einfluß und Einkommen konkurrieren. Industrieländer und Entwicklungszusammenarbeit hätten die Aufgabe, die eher reformbereiten Segmente zu stützen. Aus Sicht des Autors sind Entwicklungsfortschritte allein über eine Liberalisierung nicht zu erreichen; er fordert vielmehr eine „Umsteuerung der Produktionsapparate“ auf Massenkonsum und gibt Anregungen, wie die Entwicklungszusammenarbeit hierzu beitragen könne. – *R. Shams* vertritt die Auffassung, die Elsenhans'sche Theorie der bürokratischen Entwicklungsgesellschaft sei für die Erklärung der Funktionsweise der Gesellschaften der Dritten Welt weniger leistungsfähig als die – stärkere Differenzierungen zulassende – Theorie der Interessengruppen. Verdeutlicht wird dies am Beispiel der polit-ökonomischen Entwicklung der Türkei. Die Ergebnisse von Schams führen zu einer offeneren und stärker am Einzelfall orientierten Einschätzung der Transformationschancen der Entwicklungsländer als die von Elsenhans. – Im Koreferat von *Ch. Uhlig*

wird an der – grundsätzlich als fruchtbar eingeschätzten – Theorie von Elsenhans vor allem die Auffassung kritisiert, in den bürokratischen Entwicklungsgesellschaften lasse der Staat die Entfaltung privater marktorientierter Initiative nicht zu. Die Empfehlung an Industrieländer und Entwicklungszusammenarbeit, mit „reformwilligen“ Segmenten der „Staatsklasse“ eine Koalition einzugehen, stimmt Uhlig aus grundsätzlichen Erwägungen (Eingriff in Souveränitätsrechte) nicht zu. – Den Abschluß dieses Abschnitts bildet ein Diskussionsbericht von *M. H. Dunn*.

Das Thema „*Kapitalmärkte und Finanzinstitutionen im Entwicklungsprozeß*“ wird in Abschnitt D behandelt. In seinem – denselben Titel tragenden – Beitrag konstatiert *W. Hankel* für viele Entwicklungsländer die gleichzeitige Existenz von „Underbanking“ und „Überfinanzierung“. Durch die Konkurrenz des importierten ausländischen Finanzsystems, das – auch im Rahmen der Entwicklungshilfe – billige Kredite zur Verfügung stelle, werde das einheimische Finanzsystem in seiner Entwicklung behindert. Die „finanzielle Revolution“, die in Europa der industriellen Revolution vorausgegangen sei, finde in den Entwicklungsländern nicht statt. Wegen der geringen Leistungsfähigkeit des einheimischen Bankensystems müsse zunehmend auf externe Mittel zur Finanzierung von Investitionen zurückgegriffen werden, mit dem Ergebnis zunehmender Auslandsverschuldung. Der Staat sehe sich gleichzeitig gezwungen, einen hohen Teil seines Mittelbedarfs über die Notenbank zu decken, mit den bekannten Wirkungen auf Preisstabilität und Sparsbereitschaft der Bevölkerung. Zur Lösung des Problems schlägt der Autor eine zeitweilige Abkoppelung der einheimischen Finanzsysteme vom internationalen Banken- und Kapitalmarktssystem vor, ergänzt durch eine Indexierung der Nominalzinsen und eine erhöhte Steuerfinanzierung der Staatshaushalte. – In seinem Koreferat „Sparkapitalbildung in Entwicklungsländern“ widerspricht *U. Corsepilus* der These von der Behinderung der Entwicklung der heimischen Finanzinstitutionen durch die internationalen Banken. Nicht eine stärkere Beschränkung der Auslandsbanken, sondern die Aufhebung bestehender Beschränkungen sei angezeigt, um über eine Intensivierung des Wettbewerbs die Leistungsfähigkeit des heimischen Finanzsystems zu erhöhen. Der Autor setzt sich auch kritisch mit dem Vorschlag einer Indexierung der Nominalzinssätze sowie einer zusätzlichen Besteuerung des Handels auseinander und präsentiert eine Reihe eigener Anregungen für eine Reform des finanziellen Sektors in der Dritten Welt. – *H. G. Geis* warnt im Koreferat „Kapitalmärkte und finanzielle Institutionen in Entwicklungsländern“ vor vorschnellen Empfehlungen zur Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte in Entwicklungsländern. Die Geschichte des Finanzwesens in Europa zeige, daß ein gewisses Maß an privater und/oder öffentlicher Regulierung eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung der Finanzsituationen sei. Auch in Entwicklungsländern müsse es durch Regulierung bzw. durch Generalisierung angemessener Hilfsinstitutionen und Verhaltensmuster zur Reduzierung der informations- und verhaltensbedingten Risiken kommen. Unter diesem Aspekt werden verschiedene Ansatzpunkte für institutionelle Reformen zur Weiterentwicklung der Finanzsysteme in Entwicklungsländern diskutiert. – Den Abschluß zu diesem Themenbereich bildet ein Diskussionsbericht von *W. Veit*.

H. Ahrens, Freising-Weihenstephan

Fuchs, Herbert: Die Geldmarktabhängigkeit des Kapitalmarktes. Eine theoretische und ökonometrische Untersuchung zum monetären Transmissionsprozeß in der Bundesrepublik Deutschland (Duisburger Volkswirtschaftliche Schriften, Band 4). S + W Steuer- und Wirtschaftsverlag, Hamburg 1989. 202 S. Kart. DM 58,-.

Der Autor hat sich vorgenommen, auf eine gewiß bedeutsame Frage eine definitive Antwort zu finden: Wird der deutsche Kapitalmarkt durch den Geldmarkt regiert? Zum ersten Male, soweit den Rezensenten bekannt, wird darauf nicht nur eine theoretische, sondern vornehmlich eine auf empirische Untersuchungen gestützte Antwort zu geben versucht. Um dem Leser eine rasche Information zu ermöglichen, wird das Ergebnis hiermit vorweg genommen. Es gibt in der Bundesrepublik eindeutige Beziehungen zwischen Geldmarkt- und Kapitalzins, jedenfalls für eine fünfzehnjährige Periode. Dennoch existiert für den Autor keine eindeutige ursächliche Abhängigkeit, vielmehr kommt er aufgrund seiner ökonometrischen Untersuchungen zu dem Resultat: „Aufgrund der hier auch empirisch nachgewiesenen engen Reaktionsverbundenheit von Geldmarkt und Rentenmarkt muß dann der Eindruck einer ‚Geldmarktabhängigkeit des Kapitalmarktes‘ entstehen, wenn der Geldmarkt häufiger exogenen Schocks ausgesetzt ist als der Rentenmarkt. Dies ist aber in der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet, da die Deutsche Bundespost den Geldmarkt als Ansatzpunkt für ihre geldpolitischen Maßnahmen wählt. Dennoch existiert keine einseitige Abhängigkeit des Rentenmarktes vom Geldmarkt, sondern eine gegenseitige Verbundenheit, d. h. Impulse, die zunächst auf den Rentenmarkt einwirken, werden auch auf den Geldmarkt übertragen“ (S. 164f.).

Es überrascht, daß die zu dem gewählten Thema gewiß spärlich vorhandene Literatur mehr beiläufig und lediglich zur Exposition der Arbeit herangezogen wird. Von der 1986 erschienenen Arbeit von S. Jander „Der Einfluß der Geldpolitik auf die Kapitalmarktentwicklung“ hatte Fuchs offenbar keine Kenntnis, denn ihre Erwähnung fehlt auch im Literaturverzeichnis. Andererseits ist es wohlthuend, daß auf eine ermüdende Aufarbeitung von Literatur verzichtet und ohne große Umschweife in medias res gegangen wurde.

Die Arbeit ist in vier Kapitel unterteilt, denen einleitende Bemerkungen vorausgeschickt werden, die der Grundlegung und definitorischen Klärung dienen. Danach wird der Geldmarkt als Markt für Zentralbankgeld, der Kapitalmarkt als Rentenmarkt abgegrenzt. Nach den einleitenden Bemerkungen werden im ersten Kapitel drei Formen möglicher Geldmarktabhängigkeiten deskriptiv behandelt: a) eine tendenzielle Gleichläufigkeit von Geld- und Rentenmarktzins (Paralleleffekt), b) Laufzeit- und Zinsstrukturveränderungen des Rentenmarkts in Abhängigkeit vom Geldmarkt, c) Emissionsschwankungen des Rentenmarkts in Abhängigkeit von der Geldmarktverfassung. Für die drei Erscheinungsformen von Abhängigkeiten stellt Fuchs für die Zeit vom 2. Quartal 1973 bis zum 4. Quartal 1987 jeweils eine signifikant enge Beziehung zwischen den untersuchten Größen fest.

Im 2. Kapitel unternimmt der Autor eine theoretische Analyse der Geldmarktabhängigkeit des Kapitalmarkts. Sie wird auf portfoliotheoretische Überlegungen gestützt und auf die sektoralen Beziehungen zwischen den einzelnen Finanzmärkten angewendet. Diese Betrachtungen dienen der Ermittlung der Bindeglieder im Wirkungsmechanismus zwischen Geld- und Kapitalmarkt und damit der Vorbereitung des ökonometrischen Hauptteils der Arbeit im 4. Kapitel. Als jene Bindeglieder ermittelt der Autor in seinen theoretischen Überlegungen das Nachfrageverhalten der privaten Nichtbanken und das Nettoangebotsverhalten der Banken, deren Signifikanz in der ökonometrischen Analyse des 4. Kapitels letztendlich auch bestätigt wird. Sowohl die theoretischen Überlegungen wie auch die ökonometrischen Berechnungen führen

somit zu den bereits oben erwähnten Resultaten, wonach keine einseitige Abhängigkeit besteht.

Das 3. Kapitel, das sich mit der „Bedeutung der Rentenmarktaktivitäten der einzelnen Sektoren“ befaßt, dient, ein wenig aufwendig, der Untersuchung des relativen Gewichts der zuvor ermittelten Bindeglieder zwischen Geld- und Kapitalmarkt in der Realität.

Die Hypothesentests des 4. Kapitels läßt der Autor im übrigen unter verschiedenen Annahmen der Erwartungsbildung ablaufen. Erstaunlich mutet auf den ersten Blick das Ergebnis an, daß unabhängig davon, ob adaptive oder rationale Erwartungen gebildet werden, eine gegenseitige Verbundenheit von Geld- und Kreditmarkt existiert. Die angenommene Erwartungsbildung hat dem Autor zufolge somit keinen Einfluß auf das ökonometrische Gesamtergebnis, was die aufgestellten Hypothesen als sehr robust und stichhaltig erscheinen läßt. Wohl auch aus diesem Grund spricht der Autor selbst von „hochgradiger Interdependenz zwischen Geld- und Kapitalmarkt“ (S. 165).

So eindeutig, daß b) immer auf a) folgen muß, wird es allerdings bei wirtschaftlichen Beziehungen niemals sein können. Gibt es dann in der Ökonomie überhaupt Abhängigkeiten oder werden sie nicht stets notwendigerweise bloß tendenzieller Natur sein? Trotz dieses methodischen Mementos können die Rezensenten dem Autor zu seiner Arbeit applaudieren.

K. Häuser / J. Müller, Frankfurt a. M.